

S T E N O G R A P H I S C H E S
P r o t o k o l l

- Offene Fassung *-

der 103. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses der 16. Wahlperiode

am Mittwoch, den 5. November 2008,

9.30 Uhr

Paul-Löbe-Haus,

Raum 2.600

Vorsitz: Abg. Siegfried Kauder (CDU/CSU)

Inhaltsverzeichnis:

- | | |
|--|-------|
| 1. Zeugenvernehmung (gem. BB 16-436): Herr E. S. | S. 6 |
| 2. Zeugenvernehmung (gem. BB 16-428): Herr M. B. | S. 29 |
| 3. Zeugenvernehmung (gem. BB 16-442): Herr M. H. | |
| 4. Zeugenvernehmung (gem. BB 16-433): Herr H. B. | |

Beginn: 9.30 Uhr

* Hinweis:

Die Korrektur des Zeugen E. S. (siehe Schreiben vom 1. Dezember 2008, Anlage 1).

Die Zeugen M. B., M. H. und H. B. haben keine Korrekturen vorgenommen.

(Beginn: 9.30 Uhr)

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ich bitte, die Öffentlichkeit herzustellen. - Die Öffentlichkeit ist hergestellt.

Meine Damen und Herren, wir werden heute vier Zeugen vernehmen. Die Beweisaufnahme wird nichtöffentlich stattfinden. Damit schließe ich die öffentliche Beweisaufnahmesitzung. Wir ziehen um in die uns bekannten Räumlichkeiten.

(Schluss der öffentlichen Sitzung:
9.31 Uhr)

(Beginn der nichtöffentlichen Sitzung:
9.48 Uhr)

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ich bitte, Platz zu nehmen. Das gilt aus einem bestimmten Anlass insbesondere für die Kollegin Höger. Sie hatte nämlich am 29.10. Geburtstag. Wir gratulieren ihr recht herzlich. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich bitte, den ersten Zeugen in den Saal zu bitten.

Können wir für sämtliche Zeugenvernehmungen die Sitzung gleich VS-NfD einstufen? Bestehen da Bedenken? - Da sämtliche heute zu vernehmenden Zeugen zu Sachverhalten berichten werden, die mindestens VS-NfD eingestuft sind, wird die Sitzung für die gesamte Beweisaufnahme VS-NfD eingestuft. Wer stimmt dem zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

(Schluss der nichtöffentlichen Sitzung:
9.49 Uhr)

(Beginn des Sitzungsteils VS-NfD:
9.50 Uhr)

Vernehmung des Zeugen E. S.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Es erscheint der Zeuge S. in Begleitung seines Zeugenbeistands, Herrn Rechtsanwalt Eisenberg.

Herr S., bevor ich Sie hier anhöre, habe ich Ihnen ein paar Hinweise zu geben. Das, was Sie hier sagen, wird nicht nur mitstenografiert, es wird auch auf Band aufgezeichnet. Die Bandaufzeichnung dient lediglich der besseren Übertragbarkeit Ihrer

Angaben in das Protokoll. Ist das Protokoll im Entwurf erstellt, wird das Band wieder gelöscht. Sie erhalten wenige Tage nach der heutigen Vernehmung den Entwurf des Vernehmungsprotokolls zugeschickt. Sie haben dann 14 Tage Zeit, Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen. Hören wir in den 14 Tagen von Ihnen nichts, gehen wir davon aus, dass Korrekturen oder Ergänzungen nicht erwünscht sind. Erst dann können wir durch Beschluss die Beendigung Ihrer Vernehmung hier im Ausschuss feststellen.

Ihre Aussagegenehmigung liegt hier vor. Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass Sie Antworten auf solche Fragen verweigern können, die Sie der Gefahr eines Strafverfahrens, eines Disziplinarverfahrens oder eines Bußgeldverfahrens aussetzen würden. - Das haben Sie so verstanden.

Ihrer Einladung lag ein Beweisbeschluss bei, aus dem Sie ersehen konnten, welchen Fragenkomplex wir hier mit Ihnen besprechen wollen. Trifft das zu?

Zeuge E. S.: Das trifft zu.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr S., ich habe Sie zu belehren. Sie müssen hier, wie wenn Sie vor Gericht wären, wahrheitsgemäße Angaben machen. Sie dürfen nichts dazuerfinden, was nicht stimmt, und nichts weglassen, was Sie wissen. Ich sage Ihnen das nicht, weil ich Ihnen misstrauere, sondern weil es meine gesetzliche Verpflichtung ist. Würden Sie sich daran nicht halten, wäre das ein Vergehen der uneidlichen Falschaussage, belegt mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis fünf Jahren. Tun Sie sich das also bitte nicht an.

Wir tagen hier in VS-NfD eingestufte Sitzung. Wenn sich aus Ihren Angaben ein höherer Einstufungsgrad ergeben sollte, lassen Sie mich das bitte rechtzeitig wissen, bevor Sie antworten, damit wir die Sitzung entsprechend höherstufen können. - Auch das haben Sie verstanden.

Dann bitte ich Sie, uns Ihren Namen und Ihre ladungsfähige Anschrift zu Protokoll zu geben.

Zeuge E. S.: Mein Name ist E. S. Ladungsfähige Anschrift: Bundesnachrichtendienst Berlin.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ist S. Ihr Klarname oder Ihr Arbeitsname?

Zeuge E. S.: Arbeitsname.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr S■■■■, nach dem Parlamentarischen Untersuchungsausschussgesetz steht es Ihnen frei, zu dem Fragenkomplex, der Ihnen mitgeteilt wurde, im Zusammenhang zu berichten. Sie können aber auch sagen, dass Sie nur auf konkrete Fragen antworten wollen. Rechtlich ist beides gleichwertig. Sie entscheiden sich, wie Sie es handhaben wollen.

Zeuge E. S.: Ich möchte gerne auf Fragen antworten.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr S■■■■, Sie sind oder waren Lageoffizier im LIZ des Bundesnachrichtendienstes. Trifft das zu?

Zeuge E. S.: Das trifft zu, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Welche Aufgaben hatten Sie?

Zeuge E. S.: Der Lage-Stabsoffizier hatte die Aufgabe, außerhalb der Regelarbeitszeit des Personals des Bundesnachrichtendienstes als Ansprechpartner in Lageangelegenheiten zur Verfügung zu stehen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wie viele Lage-Stabsoffiziere gab es in einer Schicht? Waren Sie da alleine, oder gab es Kollegen?

Zeuge E. S.: Als Lage-Stabsoffizier war man alleine.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Hatten Sie eine herausgehobene Stelle, also beispielsweise direkt dem Leiter untergeordnet, oder nicht?

Zeuge E. S.: Direkt dem Leiter LIZ untergeordnet.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Welche Aufgaben haben Sie gegenüber dem Sondereinsatzteam in Bagdad übernommen?

Zeuge E. S.: Dem Sondereinsatzteam in Bagdad standen wir als Ansprechpartner außerhalb der Regelarbeitszeit zur Verfügung

und wenn Vertreter der AG Irak nicht zur Verfügung standen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Gab es da eine geschützte Telefonverbindung, oder wie lief der Kontakt zum Sondereinsatzteam ab?

Zeuge E. S.: Ich kann mich nicht mehr genau erinnern, aber ich bin der Meinung, es gab eine geschützte Leitung, die aber nicht immer zur Verfügung stand.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wie darf ich das jetzt verstehen: „die nicht immer zur Verfügung stand“?

Zeuge E. S.: Aus technischer Sicht nicht immer zur Verfügung stand - Ausfälle.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wie haben Sie das dann festgestellt? Dann kam halt keine Meldung rein.

Zeuge E. S.: Richtig.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Und wie haben Sie dann mitbekommen, dass es ein Ausfall der Leitung ist?

Zeuge E. S.: Wenn die Leitung wieder zur Verfügung stand, wurde uns mitgeteilt, dass wir über längere Zeit nicht erreichbar waren.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wie kam diese Mitteilung dann rein, wenn die Leitung gestört war?

Zeuge E. S.: Nein, wenn die Leitung wieder zur Verfügung stand, sagte ich.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wenn jetzt außerhalb der üblichen Dienstzeiten eine Meldung von diesem Sondereinsatzteam bei Ihnen einging, was haben Sie mit dieser Meldung angefangen?

Zeuge E. S.: Die Meldung wurde, wenn sie telefonisch einging, schriftlich niedergelegt und der AG Irak zur Verfügung gestellt, per Mail oder per anderen elektronischen Mitteln.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wussten Sie, was mit dieser Meldung weiter passiert ist?

Zeuge E. S.: In den meisten Fällen nein. Da die Dienstzeit des Lage-Stabsoffiziers auf den Zeitraum außerhalb der Regelarbeitszeit begrenzt war, sind wir natürlich am nächsten Morgen in die wohlverdiente Ruhephase gegangen und haben von dem weiteren Verlauf nichts mehr mitbekommen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Gab es auch vom SET eingehende Meldungen, die Sie direkt, beispielsweise an die amerikanische Seite weitergeleitet haben?

Zeuge E. S.: Ich kann mich an keinen Fall erinnern.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Darauf kommen wir vielleicht nachher noch zurück. Es sollen vier Fälle gewesen sein, wo vom Lageeinsatzzentrum Informationen direkt an die Amerikaner weitergegeben worden sind. Vielleicht legen wir Ihnen das mal vor.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr Vorsitzender, darf ich Ihnen eine kurze Frage stellen?

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Sie haben eben formuliert: weitergegeben wurde an die Amerikaner. Kann es sein, dass Sie meinten: „weitergegeben an [REDACTED]“?

Vorsitzender Siegfried Kauder: [REDACTED], ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Anlage 6, MAT A 24, Blatt 26, Bericht der Bundesregierung an das Parlamentarische Kontrollgremium.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück übergeben)

Bitte prüfen: Wie ist die Urkunde eingestuft? - Da die Urkunde Geheim eingestuft ist - nicht? - VS-NfD - -

(Dr. Norman Paech (DIE LINKE):
Das ist in der offenen Fassung! -
Hellmut Königshaus (FDP): Im Internet verfügbar!)

- Also nicht eingestuft. - Am 10. April 2003 seien „vom SET bereits gemeldete Daten zum Passamt in Bagdad unmittelbar weitergegeben“ worden, um ein missbräuchliches Ausstellen von Ausweisdokumenten zu unterbinden.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge E. S.: Herr Vorsitzender, ich kenne den Fall, weil ich selber betroffen war, und ich kann mich an den Fall erinnern.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Da geht also eine Meldung des Sondereinsatzteams bei Ihnen ein. Nach welchen Kriterien entscheiden Sie jetzt, ob es unmittelbar und ohne Freigabe an das [REDACTED] weitergeliefert wird?

Zeuge E. S.: Generell gehe ich davon aus, dass eine Weitergabe ohne Rücksprache mit dem entsprechenden Fachbereich, in diesem Fall die AG Irak - - nicht weitergebe. Ich kann mich an diesen Fall insofern erinnern, als dass ich versucht habe, Vertreter der AG Irak und der Führungsstelle zu erreichen, in beiden Fällen aber gescheitert bin. Da dieser Fall relativ dringendst gemacht wurde, habe ich mich entschieden, diese Information über das Passamt weiterzugeben.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Gab es Dienstvorschriften, in welchen Fällen Sie weitergeben durften? Waren da Kriterien einzuhalten, die Ihnen bekannt waren? Und wenn: Wurden Ihnen diese Dienstvorschriften mündlich mitgeteilt, oder gab es da schriftliche Unterlagen?

Zeuge E. S.: Es gab als schriftliche Unterlage eine Dienstanweisung für den Lage-Stabsoffizier, die ich jetzt im Wortlaut nicht mehr zitieren kann, nur sinngemäß, wenn das ausreichend ist, in der der Lage-Stabsoffizier angewiesen wurde, die Informationsgänge in die Fachbereiche einzusteuern und zu einem Gesamtbild zusammenfügen zu lassen. Dazu war der Lage-Stabsoffizier normalerweise nicht in der Lage.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Haben Sie jetzt bei dieser Weiterleitung, die ohne Absprache erfolgt ist, nachträglich den Herrn Sch[REDACTED] informiert oder nicht?

Zeuge E. S.: Das Ganze ist dokumentiert.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wo dokumentiert?

Zeuge E. S.: Im Lage-Stabsoffiziersbuch.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ich lasse Ihnen jetzt Auszüge aus dem LIZ-Diensttagebuch vorlegen, MAT A 332, Ordner 4, Blatt 588.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück übergeben)

Schauen Sie sich das bitte einfach mal überschlägig an.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge E. S.: Herr Vorsitzender, ich kann mich bei diesem Eintrag nicht daran erinnern, ob es einer meiner Einträge war.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Das müssten mehrere Blätter sein. Was hat man Ihnen jetzt vorgelegt?

Zeuge E. S.: 20.03., Blatt 588.

Vorsitzender Siegfried Kauder: 588. Da ist ein Eintrag: „[REDACTED]“ heißt es dort - LIZ ist gemeint - „[REDACTED]“. Da wäre meine Frage: Was ist mit „[REDACTED]“ gemeint gewesen?

Zeuge E. S.: Ich kann diese Frage nicht eindeutig beantworten. Ich kann nur mutmaßen. Ich bin mir nicht sicher, ob dieser Eintrag von mir war.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Und was mutmaßen Sie unter „[REDACTED]“?

Zeuge E. S.: Dass „[REDACTED]“ Ziele waren, die bombardiert wurden.

Vorsitzender Siegfried Kauder: „Bombardiert wurden“, nachfolgend, oder bombardiert worden sind?

Zeuge E. S.: Wenn ich mir den Vorlauf anschau, von den Zeiten her, dann sind wir mitten in einer Aktion, bei der Luftangriffe stattgefunden haben. Ich kann dazu nichts sagen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Blatt 597. Da ist eine Anfrage von [REDACTED] an LIZ dokumentiert, also eine Anfrage, die eingegangen ist. Die Antwort finde ich nicht, die übersetzt dann ja an Sie zurückgelaufen sein muss.

Zeuge E. S.: Auch hierzu kann ich nichts sagen. Ich weiß nicht, ob ich der betreffende Lage-Stabsoffizier war, der an diesem Tag auf Dienst war. Mir sagt dieses so aus dem Zusammenhang gerissen nichts.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wurde das nicht irgendwo dokumentiert, wer damals zuständiger Lage-Stabsoffizier gewesen ist?

Zeuge E. S.: Das müsste nachvollziehbar sein.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Und woraus nachvollziehbar?

Zeuge E. S.: Aus dem Lage-Stabsoffiziersdienstbuch.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Also aus den Unterlagen, die Sie vorliegen haben.

Zeuge E. S.: Ja.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Das verstehe ich nicht ganz, wenn Sie sagen, Sie können nicht klären, ob Sie damals der Zuständige waren, Sie mir dann aber sagen, aus den Unterlagen ließe sich das feststellen.

Zeuge E. S.: Herr Vorsitzender, hier geht es um einen Zeitraum, 20.03., 21.03. usw. Ich war nicht jeden Tag auf Dienst. Aufgrund des Schichtdienststrhythmus war jeden Tag jemand anders dran.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr S [REDACTED], kein Vorwurf. Lässt sich aus dem Dokument nachvollziehen, wer der zuständige Lage-Stabsoffizier war, oder nicht?

Zeuge E. S.: Nein. Das könnte ich nur erkennen, wenn ich mich an einen Vorgang erinnern würde, so wie bei diesem Vorgang, den Sie mir vorher vorgelegt haben.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Aber jetzt sagten Sie doch, es sei dokumentiert,

wer zu dem Zeitpunkt der zuständige Lage-Stabsoffizier gewesen ist. Wo dokumentiert?

Zeuge E. S.: Im Lage-Dienstbuch, im LIZ-Dienstbuch. Dort wurde handschriftlich der Name eingetragen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Also brauchten wir mehr Urkunden als die, die wir hier haben, um das klären zu können?

Zeuge E. S.: Dann sind die Namen - -

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ich habe keine weiteren Fragen. - Ich bitte, die Urkunden wieder einzusammeln, oder, Herr S. ■■■■■, wollen Sie zu den Ihnen vorgelegten Urkunden noch etwas erklären?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge E. S.: Wenn ich noch mal ganz kurz zu diesem LIZ-Tagebuch etwas sagen darf. Der Lage-Stabsoffizier war in diesem Zeitraum nicht nur für die Situation im Irak zuständig, sondern weltweit für alle Meldungseingänge und Informationen, die eingegangen sind. Deswegen steht in diesem Lage-Stabsoffiziersbuch deutlich mehr drin als nur dieser Irakvorgang. Das möchte ich dazu noch anmerken.

Ich habe jetzt leider Ihre Frage nicht mehr im Kopf, Herr Vorsitzender, die Sie mir gerade zum Abschluss gestellt haben, Entschuldigung.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die Frage konnten Sie beantworten: Wie der den Meldungen zuzuordnende Lage-Stabsoffizier festgestellt werden kann. Sie sagten: Aus dem Lagebuch.

Ich eröffne die Fragerunde. Die FDP mit acht Minuten. Kollege Stadler.

Dr. Max Stadler (FDP): Herr S. ■■■■■, aus welchem Grund sind Sie denn für diese Aufgabe ausgewählt worden? Hatten Sie besondere Vorkenntnisse, oder was war der Grund dafür?

Zeuge E. S.: Die Gründe sind mir nicht mitgeteilt worden. Ich habe mich beworben und bin genommen worden.

Dr. Max Stadler (FDP): Wer hat Sie denn in die Aufgabe eingewiesen?

Zeuge E. S.: Einer der Lage-Stabsoffizier Vorgänger.

Dr. Max Stadler (FDP): Hatten Sie eine schriftliche Anordnung, was Ihre Aufgabe dort genau ist?

Zeuge E. S.: Es gab eine Dienstanweisung Lage-Stabsoffiziere, die in der Zwischenzeit mehrfach angepasst und überarbeitet wurde. Ich kenne auch die aktuelle nicht.

Dr. Max Stadler (FDP): Das war die Grundlage für Ihre - -

Zeuge E. S.: Ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Was war der wesentliche Inhalt dieser Anordnung?

Zeuge E. S.: Als Ansprechpartner außerhalb der regulären Arbeitszeiten des normalen Personals zur Verfügung zu stehen, Erstmaßnahmen in Krisen- und Konfliktsituationen einzuleiten.

Dr. Max Stadler (FDP): „Außerhalb der normalen Arbeitszeit“ heißt also spätmittags, nachts.

Zeuge E. S.: Dienstbeginn war 14 Uhr mit einer Einweisung und Überbrückungsphase bis zum nächsten Morgen, mindestens 9 Uhr, je nachdem, wie lange noch nachzuarbeiten war.

Dr. Max Stadler (FDP): Und am Wochenende auch?

Zeuge E. S.: Wochenende, 24 Stunden, Weihnachten, Silvester, Neujahr usw.

Dr. Max Stadler (FDP): Kann man annehmen, dass da eher besonders eilbedürftige und vielleicht auch brisante Meldungen kommen, die sozusagen keinen Aufschub dulden? Sonst hätten ja diejenigen, die an Sie melden, bis zur regulären Arbeitszeit warten können.

Zeuge E. S.: Das ist anzunehmen.

Dr. Max Stadler (FDP): Wie viele Meldungen kamen denn insgesamt aus Bagdad bei Ihnen eigentlich an?

Zeuge E. S.: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Dr. Max Stadler (FDP): Überschlagsmäßig?

Zeuge E. S.: Nein, auch das nicht. Das ist eine Teilmenge von Meldungen, die in vierstelliger Höhe pro Nacht eingegangen sind.

Dr. Max Stadler (FDP): Ach so, also eine Vielzahl von Meldungen. Es war sozusagen keine ruhige Nacht, wenn ich das so formulieren darf.

Zeuge E. S.: Es gab nie eine ruhige Nacht.

Dr. Max Stadler (FDP): Und nun wussten Sie nicht, was mit den Informationen passiert ist, die Sie weitergegeben haben, sagten Sie vorhin. Sie haben aber hinzugefügt, „meistens“ wussten Sie das nicht. Also gab es offenbar einige Fälle, wo Ihnen doch bekannt war, wie der weitere Verfahrensgang war.

Zeuge E. S.: Man erkennt ja seine Meldungen, die man eingegeben, in das System eingespeist hat, hin und wieder auch vom Inhalt her wieder. Die Ausgangsberichterstattung des BND haben wir natürlich aufmerksam verfolgt, auch um in der Lage zu leben. Dort hat man hin und wieder seine Meldungen wiedergefunden, wie sie verarbeitet wurden.

Dr. Max Stadler (FDP): Das heißt, wie sie BND-intern für Lageberichte verarbeitet wurden, die an wen gingen?

Zeuge E. S.: An die Bundesregierung.

Dr. Max Stadler (FDP): Hatten Sie Kenntnis - das ist es, was uns besonders interessiert -, inwieweit Meldungen, die bei Ihnen gelandet waren, an [REDACTED] weitergegeben wurden?

Zeuge E. S.: Diese Frage kann ich jetzt nicht mit Ja und nicht mit Nein beantworten. Ich weiß nicht, ob ich irgendwann mal eine Meldung gesehen hätte, die in diese Rich-

tung abgeschickt wurde. Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Dr. Max Stadler (FDP): Sie bekamen sozusagen keine Rückkoppelung, -

Zeuge E. S.: Nein, im Normalfall nicht.

Dr. Max Stadler (FDP): - damit Sie gewusst hätten, was damit geschehen ist? Das ist nicht geschehen?

Zeuge E. S.: Nein.

Dr. Max Stadler (FDP): Der Herr Vorsitzende hat Ihnen schon etwas vorgehalten. Selbe MAT wie Blatt 588, das Sie vorgehalten haben. Da gibt es noch die Blätter 597 und 598. Einmal „[REDACTED]“ und einmal „[REDACTED]“. Wenn Sie sich das bitte mal anschauen, ob das auch zu Ihrer Dienstzeit angekommen ist.

(Dem Zeugen werden Schriftstücke vorgelegt)

Zeuge E. S.: 597 war das erste?

Dr. Max Stadler (FDP): Das war „[REDACTED]“ vom 07.04.2003.

Zeuge E. S.: Das hatten wir gerade. Dazu kann ich nichts sagen. - Auch dazu kann ich nichts sagen.

Dr. Max Stadler (FDP): Da haben Sie keine Erinnerung?

Zeuge E. S.: Bei dieser Meldung, Blatt 598, bin ich mir sogar ziemlich sicher, dass ich nicht derjenige Lage-Staboffizier war - *nicht* war.

Dr. Max Stadler (FDP): Was macht Sie da so sicher?

Zeuge E. S.: Das ist etwas, woran man sich erinnern würde.

Dr. Max Stadler (FDP): Das ist etwas ganz Besonderes. Daran würde man sich erinnern. Gut. Das also nicht. - Hatten Sie direkten Kontakt zu [REDACTED]?

Zeuge E. S.: Wir hatten eine technische Möglichkeit, mit ■■■ zu telefonieren. Die wurde hauptsächlich dann genutzt, wenn ■■■ Anfragen hatte und kein Ansprechpartner der AG Irak oder der Führungsstelle mehr erreichbar war.

Dr. Max Stadler (FDP): Sie wurde also genutzt.

Zeuge E. S.: Sie wurde genutzt.

Dr. Max Stadler (FDP): Welchen Inhalt hatten dann die Telefonate?

Zeuge E. S.: Das ist hier gerade auf diesen Blättern dargestellt gewesen: hauptsächlich RfIs.

Dr. Max Stadler (FDP): Hauptsächlich RfIs?

Zeuge E. S.: Ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Waren denn insgesamt die Meldungen, die bei Ihnen eingegangen sind, eher militärischer Natur oder sonstige? Ich meine jetzt Irak betreffend.

Zeuge E. S.: Ich glaube, sie haben sich eher die Waage gehalten. Ich könnte jetzt keinen Schwerpunkt der Meldungen erkennen, die zu diesem Zeitpunkt eingegangen sind.

Dr. Max Stadler (FDP): Also eher so fifty-fifty, überschlagsmäßig. - Hatten Sie selber direkten Kontakt zum CIA oder DIA?

Zeuge E. S.: Nein.

Dr. Max Stadler (FDP): Es gibt ja so eine Presseberichterstattung im *Focus*, die Sie vielleicht auch gesehen haben, dass die Amerikaner in Pullach selber anwesend gewesen seien und da Informationen über Irak auf rustikale Art erbeten hätten, sagen wir es einmal so. Trifft das zu? Haben Sie darüber Kenntnis?

Zeuge E. S.: Das trifft nicht zu. Ich habe keine Kenntnis darüber.

Dr. Max Stadler (FDP): Gut. - Herr Königshaus macht weiter.

Hellmut Königshaus (FDP): Gab es denn Verbindungsleute der amerikanischen Dienste in Pullach?

Zeuge E. S.: In Pullach?

Hellmut Königshaus (FDP): Ja.

Zeuge E. S.: Habe ich keinen kennenlernen dürfen oder kennengelernt.

Hellmut Königshaus (FDP): Meine Frage war, ob es welche gibt, nicht, ob Sie welche kennengelernt haben.

Zeuge E. S.: Dazu habe ich auch keine Aussagegenehmigung.

Hellmut Königshaus (FDP): Das ist aber für den Untersuchungsgegenstand natürlich schon von Bedeutung, Herr Vorsitzender. Ich glaube schon, dass sich die Aussagegenehmigung sehr wohl darauf auch beziehen muss.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Der Zeuge sagte nicht, dass die Aussage nicht von Bedeutung wäre. Er sagt nur, er habe keine Aussagegenehmigung. Also werden wir uns mit dem Bereich befassen müssen. - Herr Dr. Hofmann.

MDg Dr. Hans Hofmann (BK): Die Aussagegenehmigung bezieht sich sicherlich darauf, dass der Zeuge nur Dinge sagen kann, von denen er Kenntnis hat. Ich habe den Zeugen so verstanden, dass er gesagt hat, er hat davon keine Kenntnis.

Hellmut Königshaus (FDP): Nein, das hat er nicht gesagt, ausdrücklich nicht.

MDg Dr. Hans Hofmann (BK): Das hat er wörtlich gesagt.

Hellmut Königshaus (FDP): Deshalb habe ich ihn ja gefragt.

MDg Dr. Hans Hofmann (BK): Ja, ich weiß. Das hat er wörtlich gesagt, dass er davon keine Kenntnis hat.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Er habe keine kennengelernt. Wenn man keine kennenlernt, kennt man keine.

Hellmut Königshaus (FDP): Das heißt aber nicht, dass man jemanden kennt, der Kenntnis hat und vielleicht darüber berichtet hat.

(RA Johannes Eisenberg: Er wollte nur klarstellen, dass er keine Kenntnis hat!)

Zeuge E. S.: Ich hatte keine Kenntnis davon. Ich habe mich unglücklich ausgedrückt.

Hellmut Königshaus (FDP): Danke schön.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die SPD. Kollege Hartmann.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr S█████, vielleicht können Sie mir noch mal genauer erklären, wie der Dienstablauf im LIZ jeweils war. Es gibt dieses Tagebuch - ich nenne es einmal so -, in das eingetragen wird, was an Meldungen eingeht und auch weitergegeben wird. Das wird jeweils betreut von dem in diesem Moment verantwortlichen Mann oder der verantwortlichen Frau vor Ort. Verstehe ich das ungefähr richtig, oder habe ich da etwas falsch verstanden?

Zeuge E. S.: Das ist insoweit richtig, ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das heißt, wenn Sie nun die Nachfolgeschicht beispielsweise antreten und in dem Buch blättern, können Sie durchaus anhand der Einträge nachvollziehen, was Ihr Kollege, Ihre Kollegin in der Vorschicht aufgenommen und weitergegeben hat?

Zeuge E. S.: Ja, kann ich.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Wenn wir jetzt ermitteln wollen, wer um welche Uhrzeit an welchem Tag - da schließe ich an das an, was der Vorsitzende bereits fragte - jeweils Dienst schob, kann ich das anhand dieses - ich bleibe weiter bei der ungenauen Formulierung - Tagebuches eruieren?

Zeuge E. S.: Des Lage-Stabsoffizierdienstbuchs.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ja. Ich wollte das deutsche Wort verwalten.

Zeuge E. S.: Das ist ein Zungenbrecher, ich weiß. - Ja, dort sind die Namen eingetragen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Aus dem LIZ-Dienstbuch geht hervor, dass einige der Informationen in der für uns infrage stehenden Zeit, die das SET an das LIZ übermittelte, an ██████ weitergeleitet wurden. Können Sie erinnern oder haben Sie sich schlaugemacht, ob Sie selbst einige dieser Informationen übermittelt haben, ob Sie das waren?

Zeuge E. S.: Eine Information habe ich gerade gegenüber dem Herrn Vorsitzenden bestätigt. An diese Information kann ich mich dunkel erinnern.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Haben Sie sich jetzt zur Vorbereitung auf die heutige Sitzung das Dienstbuch noch mal genauer angeschaut, darin geblättert?

Zeuge E. S.: Kann ich nicht. Dazu habe ich keinen Zugang mehr.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Okay. Das heißt, Sie müssen wirklich aus Ihrer Erinnerung schöpfen.

Zeuge E. S.: Ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Erinnern Sie, welche dienstlichen Vorgaben zur Weitergabe von Informationen des SET an ██████ grundsätzlich im Dienst bestanden? Ich sage mal Referat Beschaffung, Referat 38B von Herrn Sch█████ als Stichwort.

Zeuge E. S.: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Hatten Sie denn eine Anweisung, die beispielsweise in die Richtung ging: Wenn SET wichtige Ereignisse aus Bagdad meldet, bitte sofort weitergeben an ██████?

Zeuge E. S.: Nein, an eine solche Anweisung kann ich mich nicht erinnern.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Aber Sie wissen Bescheid, wie die grundsätzlichen Dienstwege zwischen Beschaffung und Auswertung in einem Dienst wie dem Ihren verlaufen?

Zeuge E. S.: Noch mal die Frage, Entschuldigung.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Es gibt bestimmte Aufgaben für die Beschaffer, und es gibt bestimmte Aufgaben für die Auswerter.

Zeuge E. S.: Ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das wird ja wohlweislich getrennt, wenn ich das alles richtig verstanden habe.

Zeuge E. S.: Bislang ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): In Ihrer Stelle war es aber in gewisser Weise für die Zeiten außerhalb des geregelten Dienstverkehrs gebündelt, die Entgegennahme und die Weitergabe. Das ist ja eher ungewöhnlich.

Zeuge E. S.: Also, die Weitergabe ist nur in Ausnahmefällen vorgesehen gewesen. Ich habe es vorhin bereits erwähnt: Grundsatz war, dass Informationen, die außerhalb der normalen Dienstzeit eingegangen sind, zusammengefasst werden und weitergegeben werden in die Fachbereiche, sprich: zur Auswertung meistens; denn nur dort existieren Sachverstand und Fachverstand, [REDACTED].

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Warum ist das in einzelnen Fällen dann dennoch anders geschehen?

Zeuge E. S.: Weil - ich glaube mich erinnern zu können - in diesem Fall niemand erreichbar war. Trotz Handy und allen Möglichkeiten der Kommunikation war kein Ansprechpartner erreichbar.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das war also eine dieser geregelten Ausnahmesituationen. Da sind Sie auch nach Ihren dienstlichen Vorgaben verfahren?

Zeuge E. S.: Ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Darf ich Ihnen verschiedene Beispiele vorhalten und darum bitten, diese zu bewerten? Zunächst einmal aus MAT A 332, Ordner 4, Seite 591. Da geht es um einen Bericht über [REDACTED].

(Dem Zeugen werden Schriftstücke vorgelegt)

Können Sie dazu etwas sagen, oder ist Ihnen das Dokument völlig fremd? Dann brauchen wir damit nicht weitermachen.

Zeuge E. S.: Nein, ich kann Ihnen dazu nichts sagen, weil ich mich an so einen Fall nicht erinnern kann und zudem auch sagen muss: Ich weiß nicht, ob ich derjenige Lage-Staboffizier war.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ich bitte um Entschuldigung. Ich will bewusst einige Fälle abarbeiten. Sie sagen mir jeweils, ob Sie es bewerten können oder nicht.

Nächstes Dokument: MAT A 332, Ordner 4, Seite 599. Da geht es um eine Meldung von SET an das FIZ zu [REDACTED].

Können Sie dazu etwas sagen?

Zeuge E. S.: Tut mir leid, ich bringe das nicht in Verbindung mit einem meiner Dienste.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Dann ist das so. Darf ich Sie um eine Bewertung bitten? Eine solche Information wie die hier zitierte, können Sie sich vorstellen, dass die für eine taktisch-operative Kriegsführung von irgendeiner Relevanz ist?

Zeuge E. S.: Sie haben ganz gezielt die Frage nach einer taktisch-operativen Kriegsführung gestellt?

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ja. Es geht um [REDACTED].

Zeuge E. S.: Ich kann es mir nicht vorstellen. Aber bitte: Das ist ohne Wertung.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Nächster Fall aus MAT A 332, Ordner 4, Seite 599. Da geht es um [REDACTED].

Zeuge E. S.: Sonst würden Sie hier drinstehen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Sie sind der Überzeugung, dass alles in dem Dienstbuch vermerkt ist?

Zeuge E. S.: Das war Grundsatz der Lage-Stabsoffiziere, im Dienstbuch alle wichtigen Vorgänge zu dokumentieren.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dennoch darf ich nachfragen: Eben haben Sie aber auf die sechs Fälle gesagt, dass Sie sich eigentlich weder daran erinnern können, welche Dinge das waren. Aber Sie haben sehr bestimmt gesagt: Das waren keine Koordinaten. Darin ist für mich ein gewisser Widerspruch.

Zeuge E. S.: Ich habe es gerade erklärt: Wenn Koordinaten durchgegeben worden wären, dann würden sie hier im Dienstbuch vermerkt sein.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ist das das Dienstbuch?

Zeuge E. S.: Das sind Auszüge des Dienstbuches.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Aha. - Dann eine weitere Frage: Sie haben gesagt, dass Sie mit SET in Bagdad öfters kommuniziert haben. Auf welche Weise? War das schriftlich? War das telefonisch? War das mit Fernschreiben?

Zeuge E. S.: Telefonisch.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Können Sie ungefähr sagen, in welcher Frequenz, wie oft das gewesen ist? War das häufig?

Zeuge E. S.: Ich weiß nicht. „Häufig“ ist ja auch ein dehnbarer Begriff. Es hing auch von der Lage ab. Es hing auch davon ab, ob noch Ansprechpartner länger da waren, für das SET direkt. Solange die AG und die Führungsstelle als Ansprechpartner zur Verfügung gestanden haben, waren wir als Ansprechpartner nicht geeignet. Es ging hauptsächlich um die Zeit zwischen 22 und 5 Uhr. Ich kann hier keine Zahl nennen, wie oft wir telefoniert haben. Es gab mit Sicherheit Ta-

ge, wo wir gar nicht telefoniert haben, und es gab mit Sicherheit Tage - -

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): War das immer über eine geschützte Leitung?

Zeuge E. S.: Das hatte ich auch vorhin schon erklärt. Die geschützte Leitung stand aufgrund technischer Probleme nicht immer zur Verfügung und ist auch hin und wieder ausgefallen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Beruhte der Kontakt zu dem LIZ auf Ihrer Initiative? Haben Sie angerufen, oder haben die aus Bagdad angerufen?

Zeuge E. S.: Eher die aus Bagdad.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Sie hatten auch Kontakt zu dem [REDACTED]. War das ebenfalls telefonisch oder über welche Mittel?

Zeuge E. S.: Die Kontakte nach [REDACTED] waren lediglich telefonisch.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Auch telefonisch nur. Können Sie sagen, wie häufig das war? War das ungefähr in der gleichen Frequenz, wie Sie Kontakte mit Bagdad hatten?

Zeuge E. S.: Kann ich nicht sagen. Aber, wie gesagt, das kann man auch aus dem Dienstbuch herauslesen. Wenn Sie hier die Tage sehen: Am 29. waren drei Anrufe SET an LIZ, am 09.04. waren es einige mehr. Also, eine bestimmte Anzahl festzulegen, das ist nicht - -

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Auch dort die Frage wieder: Kamen die Anrufe eher von [REDACTED], oder kamen sie von Ihnen?

Zeuge E. S.: Sie kamen, meines Wissens, eher aus [REDACTED].

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Aus [REDACTED]. - War Ihnen seinerzeit etwas über den operativen Zusammenhang zwischen dem Einsatz von SET in Bagdad und dem Einsatz des [REDACTED] bekannt?

Zeuge E. S.: Was verstehen Sie unter „operativer Einsatz“?

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Nun, dass beide in einem gewissen, ja, operativen Verhältnis standen, dass die Meldungen, die SET gab, nach [REDACTED] gingen bzw. [REDACTED] Anfragen über Sie auch nach Bagdad gingen.

Zeuge E. S.: Dass Meldungen von SET nach [REDACTED] gingen, das ist mir überhaupt nicht bekannt und, ich glaube, auch so nicht nachvollziehbar.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Andersherum: Aber Sie haben Anfragen von [REDACTED] bekommen. War Ihnen auch nicht bekannt, an wen die Fragen gestellt waren?

Zeuge E. S.: Die Fragen waren immer an die AG Irak gestellt.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dann müsste Ihnen doch klar sein, dass es einen so genannten operativen Zusammenhang zwischen Fragen und Antworten zwischen [REDACTED] und Bagdad gegeben hat.

Zeuge E. S.: Es muss diesen operativen Zusammenhang aus meiner Sicht nicht zwingend gegeben haben. Es gibt andere Möglichkeiten, Informationen zu gewinnen, als in diesem Fall das SET in Bagdad einzusetzen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Welche anderen Möglichkeiten gab es denn de facto damals?

Zeuge E. S.: Darüber habe ich, glaube ich, wirklich keine Aussagegenehmigung.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Aber Sie haben doch dann an die Fachbereiche die Antworten weitergegeben, die aus Bagdad kamen. Sie haben gesagt: Fachbereiche und AG Irak. Ich nehme an, Fachbereiche waren Abteilung 38B und die Führungsstelle. Von dorthier war Ihnen gar nicht klar, wohin das gehen sollte?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge E. S.: Vielleicht darf ich zur Erklärung und zur Beantwortung Ihrer letzten Frage noch sagen: Ich habe auch am Anfang gegenüber dem Herrn Vorsitzenden schon

erklärt, dass der Lage-Stabsoffizier nicht nur für den Fachbereich oder für den Themenbereich Irak zuständig war, sondern eigentlich die Lage weltweit im Auge zu behalten hatte, sodass ich mich nicht als spezieller Irakspezialist betrachten kann und somit eigentlich keine Aussage machen kann, wie dann im Spezialistenbereich die Thematik weiter behandelt wurde.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Wenn Sie die Antworten von SET Bagdad bekommen haben, dann haben Sie das der AG Irak übergeben.

Zeuge E. S.: Das habe ich so - -

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Könnten Sie kurz einmal erläutern, was die AG Irak neben der Führungsstelle 13 und 38B der Auswertungsstelle gewesen ist?

Zeuge E. S.: Die AG Irak war eine Ansammlung oder eine Gruppierung von Spezialisten, die sich nur mit diesem Thema befasst hat.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Das heißt, Ihre Vermittlungstätigkeit zwischen Bagdad und dieser AG bzw. den Fachbereichen begrenzte sich auf Auskünfte aus dem Irak?

Zeuge E. S.: Diese Frage habe ich jetzt nicht so richtig verstanden.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Es ist doch ganz einfach, dass ich sage: Das, was Sie der AG Irak aus Bagdad wiedergegeben haben, war aus dem ganzen Wust an sonstigen Informationen, die kamen, alles das, was nur den Irak anging.

Zeuge E. S.: Richtig, ja.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Von dort war Ihnen bekannt, was AG Irak und die Auswertungsstelle, an die Sie ja auch gegeben haben, damit dann weiter gemacht haben?

Zeuge E. S.: Das war mir nicht bekannt, weil ich nicht Mitglied der AG Irak war.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Wie haben Sie dann die Kommunikation mit [REDACTED]

begriffen? War das etwas, was davon ganz getrennt war? Waren da zum Beispiel eventuell auch ganz andere Informationen, die sich gar nicht auf den Irak bezogen?

Zeuge E. S.: Also, ich kann mich an keine Information aus oder an ein Telefongespräch mit [REDACTED] erinnern, das sich nicht auf das Thema bezogen hat. Also, eine andere Thematik als Irak ist mir nicht in Erinnerung.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ihre Fragezeit ist herum. - Es ergab sich allerdings aus den Fragen des Kollegen Paech für mich eine Verständnisfrage. Wenn Sie gestatten, würde ich sie gerne klären. Herr S [REDACTED], Sie haben berichtet, das, was man Ihnen mit den Seiten 588 ff. bis 602 vorgelegt hat, sei ein Auszug aus dem LIZ-Tagebuch. Was ist jetzt ein Auszug? Ist es eine Abschrift, oder ist es eine Fotokopie?

Zeuge E. S.: Es ist eine Abschrift.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kann es nun sein, dass im Original des LIZ-Tagebuchs Koordinaten zu den einzelnen Objekten aufgeführt sind, die im Auszug nicht aufgenommen worden sind?

Zeuge E. S.: Das kann ich nicht beantworten, Herr Vorsitzender. Ich habe das LIZ-Tagebuch im Original nicht zur Verfügung.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Damit wäre das Thema klargestellt. - Nächste in der Runde ist die CDU/CSU. Kollegin Köhler.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Herr S [REDACTED], ich habe eigentlich nur eine einzige Frage. Sie schilderten uns ja, dass Sie und Ihre Kollegen sich im Dienst abgewechselt haben. Gab es da einen festen Rhythmus? Kann man also sagen: Der Kollege XY immer montags, mittwochs und freitags oder wie auch immer?

Zeuge E. S.: Nein, es gab keinen festen Rhythmus.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Bündnis 90/Die Grünen. Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr S [REDACTED], zunächst im Anschluss hieran: Wie viele Lage-Offiziere waren mit diesen Kontakten mit [REDACTED] und [REDACTED] befasst? Also, wie viele Lage-Offiziere gab es damals?

Zeuge E. S.: Also, ich möchte das jetzt nicht sicher sagen; aber ich meine, wir waren zu diesem Zeitpunkt voll besetzt und hatten sechs Lage-Stabsoffiziere für den Schichtdienst zum Einsatz.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sechs Lage-Stabsoffiziere. Wir haben auch sechs Namen. Die will ich jetzt nicht im Einzelnen durchgehen. Aber dann ist davon auszugehen, dass Sie jetzt abwechselnd entsprechend den Dienstplänen diesen Nacht- bzw. Bereitschaftsdienst, so sehe ich das, ausgefüllt haben.

Zeuge E. S.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Herr G [REDACTED] steht jetzt nicht unter „Lage-Stabsoffizier“. Der gehört aber auch dazu, oder wie war der - -

Zeuge E. S.: Wie war der Name nochmal?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): G [REDACTED].

Zeuge E. S.: Der Name sagt mir als Lage-Stabsoffizier gar nichts.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht als Lage-Stabsoffizier. Der steht als Lage-Referent. Wir haben den auch schon als Zeugen hier gehört. Also, er sagt Ihnen gar nichts?

Zeuge E. S.: Nein.

(Hellmut Königshaus (FDP): Als Zeuge hieß er anders!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, ja, vielleicht hieß er anders.

Zeuge E. S.: Also, dieser Name sagt mir so in dieser Situation gar nichts.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge E. S.: Der sagt mir gar nichts.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge E. S.: Möglicherweise war das ein -- Nein, ich lasse Mutmaßungen lieber. Also, mir sagt der Name nichts.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht kann die Bundesregierung mal nachdenken. Ich habe zwischendrin noch ein paar andere Fragen.

Wie war das denn jetzt, wenn Sie mit [REDACTED] zum Beispiel dann nachts telefoniert haben? Wie muss man sich das vorstellen? War das ein Gespräch von einer Minute, wo Sie gesagt haben: „Kannst du das beantworten?“ oder irgendwas Ähnliches? Oder hat der Ihnen gesagt: Kannst du das mal klären? - Oder haben Sie sich auch mal länger unterhalten, fünf Minuten, zehn Minuten oder länger? Haben Sie also Sachen erörtert?

Zeuge E. S.: Also, erörtert haben wir -- Ich kann es nicht sagen; tut mir leid.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht mehr?

Zeuge E. S.: Nein. Das ist fünfeinhalb Jahre her.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin gesagt, dass Grundlage Ihrer Tätigkeit eine allgemeine Dienstweisung - so habe ich mir das aufgeschrieben - für Lage-Stabsoffiziere gewesen ist. Stand in dieser allgemeinen Dienstweisung irgendwas über eine Beschränkung Ihrer Möglichkeiten, Ihrer Verpflichtungen zur Weitergabe von Informationen, also beispielsweise, dass Sie bestimmte Sachen jetzt nach [REDACTED] nicht weitergeben sollen an [REDACTED]? Inhaltlich, meine ich jetzt.

Zeuge E. S.: Speziell jetzt auf [REDACTED] bezogen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge E. S.: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Daran können Sie sich nicht erinnern. Also eine Anweisung, so in dem Sinne „Nichts weitergeben, was möglicherweise zur Unterstützung von Luftangriffen oder zur Kriegsführung genutzt werden könnte“, eine solche Dienstweisung kennen Sie nicht?

Zeuge E. S.: Diese Weisung kenne ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie nicht. - Wissen Sie von Ihren Kollegen, ob die von so was mal eine Einweisung oder schriftlich oder mündlich so eine Dienstweisung bekommen haben?

Zeuge E. S.: Weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, für Sie war in der damaligen Situation -- Wenn Sie jetzt von SET irgendwas gehört haben, nachts oder auch zwischendrin, dann haben Sie das, wenn Sie es für richtig gehalten haben oder danach gefragt wurden, auch an [REDACTED] weitergegeben, ohne eine inhaltliche Auswahl?

Zeuge E. S.: Das kann man so nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

Zeuge E. S.: Es ist generell an den Fachbereich, sprich: an die AG Irak, gegeben worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig. Ja, gut, nachts waren die ja nicht da.

Zeuge E. S.: In Fällen, in denen eine Weitergabe aufgrund verschiedener Umstände, so wie dieser Fall am 10., eine Koordination mit den entsprechenden Leuten der Führungsstelle oder der AG nicht möglich war, musste entschieden werden. Diese Fälle sind aber auch dokumentiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben das dann persönlich entschieden, nach der Frage, wie dringlich das ist, oder nach diesen Überlegungen?

Zeuge E. S.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht inhaltlich, also: Die Meldung gebe ich, aber die andere nicht?

Zeuge E. S.: Wir waren Gott sei Dank nicht häufig in dieser Situation, solche Entscheidungen treffen zu müssen, weil eigentlich immer jemand verfügbar war, der als Ansprechpartner zur Bewertung der Information und zur Entscheidung zur Weitergabe für uns übernommen hat. Das war die AG.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war die AG. Auch nachts?

Zeuge E. S.: In den meisten Fällen, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, die haben immer Nachtdienst gehabt. Wer war denn da?

Zeuge E. S.: Bitte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer war denn da?

Zeuge E. S.: Erreichbar über Handys zum Beispiel.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Mit wem haben Sie dann nachts telefoniert?

Zeuge E. S.: Es war, so wie ich das jetzt aus diesen Seiten ersehen kann, nicht häufig nötig; denn die Zeitunterschiede zwischen D■■■■ oder Irak und der mitteleuropäischen Zeit sind so dramatisch nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie die auch zu Hause angerufen, einzelne Leute, Herrn Sch■■■■ oder so?

Zeuge E. S.: Daran kann ich mich jetzt in Einzelfällen nicht erinnern; aber es hätte vorkommen können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätte, na gut. - Sie haben vorhin immer wieder betont, die Leitung nach Bagdad, die sei auch mal ausgefallen.

Zeuge E. S.: Bitte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Leitung nach Bagdad sei auch mal ausgefallen, haben Sie geschildert, die Leitung, mit der Sie verdeckt korrespondieren konnten. Hatten Sie noch eine andere Leitung, also ein normales Handy oder Ähnliches?

Zeuge E. S.: Eine¹ Handynummer ist mir in diesem Zusammenhang nicht in Erinnerung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, hatten Sie außer dieser offiziellen Kommunikationsmöglichkeit, die Sie normalerweise benutzten, wenn sie ausfiel, dann eine andere Möglichkeit?

Zeuge E. S.: Die Frage kann ich mit Sicherheit nicht mehr beantworten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso nicht?

Zeuge E. S.: Weil ich mich nicht mehr daran erinnern kann, ob wir mehrere Möglichkeiten an Leitungen hatten. Ich kann mich wirklich nicht erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es gab ja die Leitung, eine schriftliche, wo Sie schriftliche Berichte bekommen haben, oder nicht?

Zeuge E. S.: Nein, wir haben keine. Wir haben nur eine gesicherte Telefonleitung gehabt, die über Kurzwahl anzuwählen war. Ob ich jetzt noch eine andere Leitung zur Verfügung hatte, daran kann ich mich wirklich nicht erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können Sie nicht erinnern?

¹ Korrektur des Zeugen, Anlage 1

Zeuge E. S.: Nein, ich kann mich nicht erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja außergewöhnlich. Also, Sie haben eine gesicherte Leitung, und ob es dann noch eine andere gibt, fällt Ihnen nicht ein.

Zeuge E. S.: Meinen Sie eine schriftliche oder eine telefonische Leitung?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine telefonische.

Zeuge E. S.: Also, ich weiß, dass wir eine gesicherte Leitung hatten. Ob wir auch eine andere hatten, weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich denn noch erinnern - Kriegsanfang war der 20.03.2003 -, ob Sie schon vorher, also als Lage-Offizier, da tätig waren und schon Meldungen bekommen haben, zum Beispiel aus Bagdad? Also, waren Sie schon vorher da als Lage-Stabsoffizier eingesetzt, so fange ich vielleicht mal an.

Zeuge E. S.: Ja, ich war schon vorher als Lage-Stabsoffizier eingesetzt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit wann?

Zeuge E. S.: Ich bin seit 1997 Lage-Stabsoffizier gewesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, also Jahre vorher schon.

Zeuge E. S.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich, ob Sie in dieser Zeit, jetzt vor dem 20.03., auch schon Meldungen bekommen haben aus Bagdad?

Zeuge E. S.: Also, an Meldungen kann ich mich nicht erinnern. Es gab schon im Vorfeld Kontakte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, von Ihnen, vom Lage-Stabsoffizier nach Bagdad?

Zeuge E. S.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorher auch schon weiter nach [REDACTED]?

Zeuge E. S.: Da müsste ich jetzt ins Lage-Stabsoffiziersbuch schauen. Denn wenn es Kontakte gab, dann müssten sie auch vorher dokumentiert sein.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Ströbele, die Fragezeit ist herum. - Wer hat noch Fragebedarf? - Berliner Stunde. Kollege Hartmann.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr S [REDACTED], ich will Ihnen noch mal kurz erläutern, warum ich Ihnen vorhin ausgerechnet diese sechs Meldungen vorgehalten habe. Ihre Erinnerung ist so, wie sie ist. Das akzeptiere und respektiere ich selbstverständlich. Aber nach unseren Erkenntnissen sind das genau jene Dokumente, die sich auf eine direkte Weitergabe von Informationen des SET an [REDACTED] über das LIZ beziehen. Das konnten Sie aufgrund der Schwärzungen vermutlich nicht erkennen. Aber das war der Hintergrund, und deshalb habe ich Sie auch gelegentlich gefragt, ob diese Meldungen, diese darin enthaltenen Informationen für die taktisch-operative Kriegsführung nutzbar waren.

Jetzt will ich aber mit dieser Erläuterung Ihnen direkt und unmittelbar noch einmal die Frage stellen: Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt Daten an [REDACTED] übermittelt, die für die taktisch-operative Kriegsführung der US-Amerikaner nutzbar gewesen waren?

Zeuge E. S.: Nein.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die FDP. Kollege Stadler.

Dr. Max Stadler (FDP): Herr S [REDACTED], die wenigen Fälle, wo Sie direkt an [REDACTED] weitergeleitet haben, weil niemand von der Arbeitsgruppe Irak erreichbar war, das war ja keine Eigenmächtigkeit von Ihnen, sondern das durften Sie. Ist das richtig? Habe ich das so richtig verstanden? Also noch mal: Normaler Gang war: Sie kriegen eine Meldung

und geben die weiter an die Arbeitsgruppe Irak, heißt das, glaube ich.

Zeuge E. S.: Arbeitsgruppe, ja.

Dr. Max Stadler (FDP): In einigen wenigen Fällen, sagten Sie, war das nicht möglich, weil da niemand erreichbar war, und die Fälle waren anscheinend auch so dringend, dass Sie ausnahmsweise direkt an [REDACTED] weitergeleitet haben.

Zeuge E. S.: Es waren nicht einige Fälle, es war ein Fall, an den ich mich erinnern kann. Diesen Fall habe ich damals so eingestuft, in dieser Situation, und so eingeschätzt. Es wurde dokumentiert. Es wurde anschließend besprochen.

Dr. Max Stadler (FDP): Aber das lag im Rahmen Ihrer Kompetenz? Das war nicht etwa eine Eigenmächtigkeit, die Sie nicht hätten machen dürfen, sondern das durften Sie?

Zeuge E. S.: Ich bin anschließend nicht dafür bestraft worden. Also gehe ich davon aus.

Dr. Max Stadler (FDP): Sie sind nicht gerügt worden oder Ähnliches. - Gut, das war Ihren Vorgesetzten auch bekannt, dass Sie das so, in einem Fall jedenfalls, gehandhabt haben. Es wurde ja darüber gesprochen.

Zeuge E. S.: Das wurde an die AG weitergegeben, ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Es wurde zugleich auch an die AG - -

Zeuge E. S.: Es wurde schriftlich - -

Dr. Max Stadler (FDP): Ach so, Sie haben nicht nur an [REDACTED], sondern natürlich auch an die AG weitergegeben, die das am nächsten Tag - -

Zeuge E. S.: Das habe ich gemacht.

Dr. Max Stadler (FDP): Genau. - Was ich nicht ganz verstehe, ist: Uns wurde immer gesagt: Es gab bestimmte Kriterien für die Weitergabe an [REDACTED]. Aber diese Kriterien sind Ihnen nicht bekanntgemacht worden. Denn Herr Ströbele hat ja gefragt: In der

schriftlichen Dienstanweisung waren die nicht enthalten? Mündlich sind Sie auch nicht über solche Kriterien informiert worden?

Zeuge E. S.: Das ist richtig.

Dr. Max Stadler (FDP): Wie sollten Sie dann diese Kriterien einhalten, wenn sie Ihnen nicht bekannt waren? Das ist ja ein Ding der Unmöglichkeit.

Zeuge E. S.: Das ist der Tatsache geschuldet, dass die Lage-Stabsoffiziere auch von ihrer Dienstanweisung her verpflichtet waren, immer den Fachbereich mit ins Boot zu nehmen.

Dr. Max Stadler (FDP): Ja, klar. Aber der war dann manchmal eben oder einmal jedenfalls erst am nächsten Tag zur Stelle. - Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Königshaus.

Hellmut Königshaus (FDP): Spezielle Weisungen hatten Sie nicht bekommen, auch nicht, nachdem Sie in einem Fall also von der Eilmächtigung, der allgemeinen Eilmächtigung, Gebrauch gemacht hatten.

Nun ist die Frage - wir haben bisher immer nur erörtert, was und ob Sie etwas an [REDACTED] weitergegeben haben -: Haben Sie denn an andere in diesen Gesamtkomplex eingebundene Personen Informationen aus dem gleichen Grund weitergegeben? Es gab ja nicht nur [REDACTED], es gab ja nicht nur [REDACTED]; es gab ja zum Beispiel auch [REDACTED]; es gab auch andere Dienststellen. Haben Sie an andere Dienststellen außerhalb des eigenen Dienstes in solchen Eilfällen Informationen weitergegeben?

Zeuge E. S.: Habe ich die Frage so richtig verstanden, dass Ihre Frage dahin zielt: an andere Dienststellen außerhalb des Bundesnachrichtendienstes?

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, das sagte ich gerade: außerhalb des Dienstes.

Zeuge E. S.: Nein.

Hellmut Königshaus (FDP): Nun ist ja für uns auch interessant, ob es denn beispielsweise vonseiten der zuständigen Stel-

len im Dienst gegebenenfalls auch außerhalb der Dienstzeit Nachfragen gab, ob also beispielsweise am Wochenende oder in der Nacht oder so mal jemand im Lagezentrum angerufen hat: Gibt es denn was Neues vom SET oder Ähnliches? Ist so was denn vorgekommen?

Zeuge E. S.: Darf ich Ihre Frage noch einmal präzisieren? Ob Stellen des Dienstes, Personen des Dienstes beim Lage-Stabsoffizier angerufen haben?

Hellmut Königshaus (FDP): Ja.

Zeuge E. S.: Ja.

Hellmut Königshaus (FDP): Führungsstab und Arbeitsgruppe?

Zeuge E. S.: Ja.

Hellmut Königshaus (FDP): Wie ist das nun bei Ihnen eingeordnet worden? Wer durfte Sie fragen? Wem durften Sie da Auskünfte erteilen? Nur der Arbeitsgruppe? Nur dem Führungsstab? Wenn der Präsident angerufen hat, werden Sie ihm wahrscheinlich Auskunft gegeben haben. Aber ich meine: Gab es dort eine Einweisung „Wer darf was wissen, wer darf welche Fragen stellen, wer darf welche Fragen zur Weiterleitung auch an SET oder auch an [REDACTED] einreichen?“?

Zeuge E. S.: Also, diese Zuständigkeiten waren eben geklärt über die Führungsstellenleiter -

Hellmut Königshaus (FDP): Ja.

Zeuge E. S.: - und auch über die AG Irak, und der Präsident und die Leitung sind sowieso zu informieren.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja. - Nun ist es ja so, dass sich hier in dem Tagebuch oder in dem Dienstbuch einige Informationen oder einige Anfragen befinden, die sich auf Fernsehberichte beziehen. CNN hat ja teilweise live berichtet, und demzufolge haben auch einige derer, die mit dieser Frage dort befasst waren, Informationen nicht nur von SET bekommen, sondern eben auch Informationen aus dieser Liveberichterstattung. Gab es denn dort dann entsprechende Quer-

verbindungen? Das heißt, gab es irgendwelche wie auch immer gearteten Anlässe, dass jemand anrief „Ich habe gerade in CNN gesehen, da ist eine große Bombe im Palast dort hochgegangen; SET soll mal nachgucken“ oder so irgendwie? Wie müssen wir uns das vorstellen?

Zeuge E. S.: Mir ist kein Fall in Erinnerung.

Hellmut Königshaus (FDP): Kein Fall in Erinnerung. Okay. - Danke schön.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die CDU/CSU hat keine Fragen. - Die Linke. Kollege Paech.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Noch einmal zu der Frage Ihrer Kontakte zu anderen Dienststellen. Es ist ja so, dass [REDACTED] einerseits eine internationale andere Dienststelle war; aber in [REDACTED] gab es ja auch Verbindungsbeamte des BND. Die Frage ist: Kamen Anfragen von den BND-Verbindungsbeamten an Sie, oder haben Sie mit denen Kontakt und Kommunikation gehabt?

Zeuge E. S.: Ich kann mich an kein Gespräch mit [REDACTED] oder irgendetwas in einer anderen Dienststelle außerhalb des Dienstes erinnern, und wenn, dann weise ich wieder auf das Dienstbuch hin. Auch dann müsste es hier dokumentiert sein; denn das war Grundsatz: Alles, was nach außen an Kommunikation stattfindet, wird dokumentiert.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ja. - Ich möchte noch einmal zu der Frage zurückkommen, inwieweit Sie über die Dienstweisungen noch auf die besondere Situation der Informationsvermittlung im Falle Irak hingewiesen worden sind. Da ist meine Frage: Haben Sie als diensthabender Stabsoffizier seinerzeit an den Lage-Runden beim Präsidenten des BND teilgenommen?

Zeuge E. S.: Nein.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Nicht.

Zeuge E. S.: Nein.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Hat jemand aus dem LIZ denn teilgenommen?

Zeuge E. S.: Meines Wissens von den Lage-Stabsoffizieren keiner.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Niemand?

Zeuge E. S.: Von den Lage-Stabsoffizieren hat meines Wissens keiner an den PR-Runden teilgenommen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Wie sind Sie denn von den Ergebnissen dieser Runden, die ja allgemeine Einschätzungen der Kriegssituation und der Verbindung zu [REDACTED] waren, informiert worden?

Zeuge E. S.: Gar nicht.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Da war gar keine Verbindung? Da ist Ihnen - -

Zeuge E. S.: Die Ergebnisse der Präsidenten-Lage, die sind für uns nicht vorgesehen gewesen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dann hätte ich noch eine Frage zu der Verbindung zwischen [REDACTED] und SET. Sie saßen ja im Grunde in der Mitte darüber. Sie hatten gesagt, Sie hätten über eine operative Verbindung keine Kenntnisse gehabt und hätten sie sich auch nicht vorstellen können. Ist das so richtig interpretiert?

Zeuge E. S.: Eine operative Verbindung zwischen [REDACTED] und SET direkt?

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ja.

Zeuge E. S.: Nein, habe ich keine Kenntnisse.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dann würde ich Ihnen gerne einmal etwas vorlesen, und zwar aus MAT A 332, Ordner 1, Blatt 102. Dort gibt es einen Bericht. Offensichtlich kommt der aus [REDACTED] von dem Residenten dort an die BND-Zentrale: dass der Abzug von [REDACTED] von [REDACTED] droht, dass aber eine enge Verknüpfung mit dem Einsatz SET in Bagdad besteht und dass die Führungsstelle in Pullach offensichtlich alle Möglichkeiten nutzt, dass das nicht passiert.

Dann heißt es weiter:

[REDACTED]

[REDACTED]

(Kristina Köhler (Wiesbaden)
(CDU/CSU): Wo steht das?)

- Das steht in MAT A 332, Blatt 102.

(Kristina Köhler (Wiesbaden)
(CDU/CSU): Ordner?)

- Ordner 1, das hatte ich gesagt, ja.

Zeuge E. S.: Ich kann Ihnen darauf keine Antwort geben. Ich kann Sie nur darauf verweisen, dass ich als Lage-Stabsoffizier mich im Verteiler nirgends finde. Ich kenne diesen Vorgang nicht. Deswegen kann ich mich dazu auch nicht äußern.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dass Sie diesen Vorgang nicht kennen, das glaube ich auch. Das ist gar kein Problem. Die Frage ist vielmehr: Dies war ja wohl ein Problem der Situation von [REDACTED]. Die Frage ist, wie weit Sie über diese Problematik informiert waren, ohne dass Sie nun diesen Bericht gekannt haben.

Zeuge E. S.: Ich glaube sagen zu können, dass wir nicht darüber informiert waren; aber im Detail - - Ich könnte mich an keine Information diesbezüglich erinnern.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Sie haben da unter den wechselnden Stabsoffizieren, die den Dienst hatten, nicht diskutiert, auch nicht mit anderen, zum Beispiel mit AG Irak? Ist das nie Thema gewesen?

Zeuge E. S.: Also, ich kann mich an derartige Gespräche nicht erinnern. Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen: Das Thema Irak war für den Lage-Stabsoffizier ein Splitter seiner Tätigkeit, seines Dienstes, lediglich ein kleiner Splitter im Umfeld von vielen, vielen anderen Vorgängen, Meldungen und lagerelevanten Aspekten. Das Thema Irak war lediglich ein kleiner Ausschnitt unserer Tätigkeit. Deswegen ist es auch äußerst schwierig, sich detailliert an bestimmte Vorgänge zu erinnern. Deswegen haben wir auch alle Vorgänge dokumentiert, um sie anschließend auch nachprüfbar zu haben.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): War Ihnen zumindest bei diesem kleinen Bereich, den Sie zu bearbeiten hatten, klar, dass es aufgrund der weltpolitisch schwierigen Situation darum ging, zu vermeiden, die Kriegsführung in Irak durch die US-Amerikaner zu unterstützen, und dass es da im Wesentlichen um delikate Informationsvermittlungen ging?

Zeuge E. S.: Auch als Beamter lese ich natürlich Zeitungen, und ich weiß von der Entscheidung des damaligen Kanzlers und konnte mir auch selber ein Bild machen, wie die politische Meinung oder die politische Position in dieser ganzen Angelegenheit war.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Aber irgendeine Maßgabe dazu, Ihre Informations-tätigkeiten zwischen einerseits Bagdad und andererseits [REDACTED] darauf abzustellen, gab es nicht?

Zeuge E. S.: Das hatte ich schon mehrfach beantwortet; gab es nicht.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gut. - Danke schön.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr S [REDACTED], inzwischen müsste Ihnen der Name mitgeteilt worden sein, unter dem Sie vielleicht Herrn G [REDACTED] kennen.

Zeuge E. S.: Einen Moment, bitte.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Der Name ist mir geflüstert worden, sagt mir aber immer noch nichts.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagt Ihnen nichts. Das heißt, nach Ihrer Erinnerung, nach Ihrer Wahrnehmung waren Sie und die fünf - -

Zeuge E. S.: Warten Sie mal ganz kurz.

(Der Zeuge berät sich erneut mit seinem Rechtsbeistand)

Okay. Jetzt kriegen wir die Fäden zusammen. Der Name ist mir bekannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge E. S.: Er hatte aber mit dem LIZ an und für sich nichts zu tun. Er ist Lage-Referent in dem Bereich 38B oder wahrscheinlich der AG Irak gewesen, aber er hatte mit dem LIZ, mit dem Lage-Stabsoffizier nichts zu tun. Er war nicht Mitglied des LIZ.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Inzwischen sagt Ihnen der Name also was. Sie können sich auch eine Person darunter vorstellen. Haben Sie denn mit dieser Person oder dieser Stelle damals auch zusammengearbeitet und Informationen ausgetauscht über das, was Ihnen aus Bagdad gemeldet wurde bzw. was aus [REDACTED] angefragt wurde?

Zeuge E. S.: Diese Informationen haben wir in dem entsprechenden Bereich - - Ob jetzt genau dieser Mitarbeiter derjenige war, der diese Informationen auch in Empfang genommen hat - - Informationen, die vom SET außerhalb der normalen Arbeitszeit oder aus [REDACTED] kamen, sind schriftlich zusammengefasst und per Mail oder auf anderem Wege an einen Sammelverteiler geschickt worden, der AG Irak und der Führungsstelle. Das war beides zusammengefasst. Ob jetzt genau dieser Mitarbeiter diese Informationen geöffnet, verarbeitet hat, kann ich Ihnen nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass das auch jemand war, der außerhalb der normalen Zeiten zu erreichen war oder mit der Sache befasst werden konnte, das - -

Zeuge E. S.: Das könnte sein, aber daran kann ich mich nicht erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Daran können Sie sich nicht erinnern?

Zeuge E. S.: Nein. Es wurden auch immer Leute als Ansprechpartner benannt, so eine Art Alarmliste oder Bereitschaftsliste; aber die habe ich nicht mehr im Kopf.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass der zuständig - - Sie

hatten vorhin ja schon erwähnt, dass Sie in den Lageberichten dann zum Teil Ihre Berichte oder Ihre Meldungen gefunden haben - das kam von Ihnen oder so -, dass Sie das da festgestellt haben. Dass dieser Herr mit Lageberichten zu tun hatte und das möglicherweise eingearbeitet hat oder bei Ihnen vielleicht auch mal rückgefragt hat oder Ähnliches, können Sie sich daran erinnern?

Zeuge E. S.: Die Informationen, die ich weitergegeben habe, habe ich nicht festgestellt, sondern die sind mir übermittelt worden. Ich war nicht operativ tätig, nur um das klarzustellen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber Sie haben das in den Kalender da aufgenommen usw.

Zeuge E. S.: Ja, die wurden aufgenommen und weitergegeben. Diesbezüglich Rückfragen an den Briefträger zu halten, macht wenig Sinn. Deswegen kann ich mich auch nicht daran erinnern, dass irgendeiner der Lage-Referenten, wie Sie sie nennen, der Mitarbeiter der AG, bei mir zurückgefragt hätte, wie denn das zu verstehen sei. Wir sind im Prinzip die Briefträger, die Boten gewesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das drücken Sie ja jetzt sehr klar und drastisch aus. Sie haben nur die Funktion gehabt, weiterzugeben, nicht, irgendwelche Kontrollen durchzuführen oder Zensur auszuüben oder etwas Ähnliches in dieser Hinsicht.

Erinnern Sie sich denn dann, dass von [REDACTED] bei Ihnen ganz konkrete Anfragen gekommen sind, zum Beispiel auch über gewisse Standorte und Ähnliches, dass der irgendwie sagt: Ich muss jetzt oder wir müssen jetzt oder wir möchten gerne dazu und dazu konkrete Informationen, Standorte haben, möglicherweise mit Koordinaten oder Ähnlichem?

Zeuge E. S.: An solche Anfragen des Mannes in [REDACTED] kann ich mich nicht erinnern. Ich verweise noch mal: Kommunikation mit [REDACTED] ist festgelegt im LIZ-Lagebuch und kann hier nachgelesen werden. Ich hatte vorhin zu diesem Sachverhalt Passport-Office gesagt: Daran kann ich mich erinnern. Das war eine dieser Informationen. Aber hier

ging es nicht um Koordination oder Angriffe, sondern es ging hier um Menschenleben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Aber das hatte Ihnen der Vorsitzende ja schon vorgehalten: Einmal geht es auch um Ziele. Sie sagen ja: Das waren durchaus militärische Ziele für Bombardierungen.

Zeuge E. S.: Ein Passport-Office kann ich als militärisches Ziel so nicht erkennen.

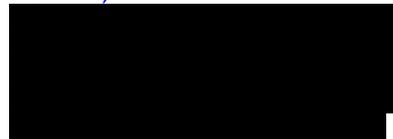
Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht Passport-Office, sondern diese erste Meldung, die der Vorsitzende Ihnen vorgehalten hat, 588 oder wo das war.

Zeuge E. S.: Zu der ich nichts sagen konnte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? - Die können wir noch mal raussuchen.

Zeuge E. S.: Ich konnte dazu gar nichts sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):



Zeuge E. S.: Dazu konnte ich aber nichts sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge E. S.: Dazu konnte ich nichts sagen, weil ich die mit einer Dienstzeit von mir nicht in Verbindung bringe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Das haben Sie also nicht selber, sondern Sie haben nur eine Erläuterung zu dem gegeben, ohne dass Sie sagen, das ist bei Ihnen angekommen.

Zeuge E. S.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann habe ich das verstanden.

Ist Ihnen bekannt, dass sich [REDACTED] mal darüber beschwert hat, dass die Weiterleitung zu lange dauert und dass es dann langsam keinen Sinn mehr macht, weil dann keine konkreten Operationen daran abgeschlossen werden können?

Zeuge E. S.: Ist mir kein Fall präsent.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht auch nicht, dass das bei Ihnen angekommen ist, aber dass man Ihnen gesagt hat: Das muss manchmal auch schneller gehen. Der beschwert sich da schon. - So in dieser Richtung?

Zeuge E. S.: Auch diese Frage kann ich nicht anders beantworten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist an Sie nicht herangetragen worden?

Zeuge E. S.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke sehr.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wir sind mit einer weiteren Berliner Stunde durch. Gibt es noch Fragebedarf? - Kollege Hartmann.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr S [REDACTED], ich darf auch noch mal abheben auf MAT A 332, Ordner 4, Seite 588, das heißt das Dokument, das eben auch der Herr Ströbele noch einmal erwähnt hat. Das ist die Meldung vom 20.03.2003. Da heißt es - jetzt steige ich mittendrin ein -:

[REDACTED]

Darf ich daraus schließen, dass dies mitgeteilt wurde, nachdem diese Ziele bombardiert waren?

Zeuge E. S.: Wie gesagt, ich kann zu diesem Vorgang nichts sagen. Aber aus dem Text und aus dem Ablauf, wie Sie ihn vortra-

gen - mir liegt dieses Blatt jetzt nicht mehr vor -, sind das nach meiner Bewertung getroffene Ziele, die durchgegeben wurden.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Danke. - Ob diese Meldung überhaupt an [REDACTED] weiterging, dazu können Sie so oder so auch keine Aussage machen?

Zeuge E. S.: Das müsste dann aus dem weiteren Ablauf zu sehen sein.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das ist daraus nicht zu ersehen. Vielleicht darf ich es Ihnen noch mal vorlegen lassen - Herr Vorsitzender? -, und Sie können es als Fachmann selbst beurteilen.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Zeuge E. S.: Aus diesem Eintrag geht nicht hervor, dass diese Information SET dann weitergegangen ist an [REDACTED].

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die FDP? - Keine Fragen. Die CDU/CSU? - Keine Fragen. - Kollege Paech.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Mir ist sie eben entfallen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Hat sonst noch jemand Fragen?

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ach so. Ja. - Nur eine Frage zu der AG Irak. Sie sagten, das sei eine Ihrer Adressaten gewesen, wo Sie dann die Informationen hingegeben haben. Wer war dort Mitglied? Wir wissen genau, wer in 38B und bei 13E gewesen ist. Aber AG Irak, wer war das?

Zeuge E. S.: Das dürften genau diese Personen, die Sie von 38B und 13E, das heißt 13E, her kennen -- Genau das waren die Mitglieder der AG Irak. Wir haben hier einen verdeckten Adressaten gehabt, der so bezeichnet war. Wer sich letztendlich dahinter verbarg, war so auf den ersten Blick nicht erkennbar.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Aber das gibt mir weitere Rätsel auf. Sie sagen: Die Mitglieder von 38B und 13E waren drin. - Waren da noch weitere aus anderen Abteilungen oder - -

Wir unterbrechen die Beweisaufnahme kurz und treten in eine nichtöffentliche Beratungssitzung ein.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
VS-NfD: 11.13 Uhr)

Zeuge E. S.: Ich kann nicht sagen, wer von den Abteilungen und wer von anderen Bereichen noch mit dabei gewesen wäre. Das wären jetzt Mutmaßungen und würde dem Ganzen nicht weiterhelfen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gab es eventuell auch dort - - War das sozusagen eine übergreifende AG, die auch eventuell vom Bundeskanzleramt oder vom Auswärtigen Amt Mitarbeiter dort hatte?

Zeuge E. S.: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich war nicht Mitglied, und ich kann über die Zusammensetzung detailliert nichts sagen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dann darf ich noch mal spezifizieren. Sie sagen immer: entweder zur AG Irak oder 38B. - Zu wem haben Sie wann Ihre Informationen gegeben? War das immer ausschließlich die AG Irak?

Zeuge E. S.: Ja.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gut. - Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Weitere Fragen bestehen erkennbar nicht.

Dann können wir die Vernehmung des Zeugen S [REDACTED] abschließen. Herr S [REDACTED], bitte beachten Sie noch das, was ich Ihnen eingangs gesagt habe: Sie bekommen in wenigen Tagen den Entwurf des Protokolls, haben 14 Tage Zeit für Korrekturen. Wir danken Ihnen, dass Sie da gewesen sind.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ehe er geht, würde ich gerne jetzt den Antrag stellen, dass wir die Originale des Lage-Stabs-offiziersdienstbuches bekommen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Das klären wir in einer Beratungssitzung.

Ich bedanke mich bei Ihnen. Ihre Vernehmung ist damit beendet.

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
VS-NfD: 11.38 Uhr)

Vernehmung des Zeugen M. B.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr B [REDACTED], nehmen Sie bitte vor dem Mikrophon Platz. - Jawohl, da sind Sie richtig.

Herr B [REDACTED], bevor wir Sie als Zeugen vernehmen, habe ich Ihnen ein paar Informationen zu erteilen und Sie zu belehren.

Das, was Sie hier aussagen, wird nicht nur mitstenografiert, es wird auch auf Band aufgezeichnet. Die Bandaufzeichnung dient lediglich der besseren Übertragbarkeit Ihrer Angaben in das Protokoll. Ist das Protokoll erstellt, wird das Band gelöscht. Wenige Tage nach Ihrer Vernehmung bekommen Sie unter der von Ihnen angegebenen Adresse den Entwurf des Sitzungsprotokolls zugesandt. Sie haben dann 14 Tage Zeit, Ergänzungen oder Korrekturen vorzunehmen. Hören wir in den 14 Tagen nichts, können wir durch Beschluss die Beendigung Ihrer Vernehmung vor dem Ausschuss feststellen.

Sie haben eine Einladung bekommen, der ein Beweisbeschluss beigelegt haben muss - ich nehme an, dass das geschehen ist -, sodass Sie wissen, welchen Fragenkomplex wir heute mit Ihnen besprechen möchten.

Ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie Antworten auf solche Fragen verweigern können, die Sie einem Strafverfahren, einem Disziplinarverfahren oder einem Bußgeldverfahren aussetzen könnten.

Ihre Aussagegenehmigung, auf die Sie sich auch jederzeit berufen können, liegt hier vor.

Ich weise darauf hin, dass wir diese Beweisaufnahme VS-NfD eingestuft durchführen. Ist ein höherer Einstufungsgrad aufgrund Ihrer Antworten notwendig, lassen Sie mich das bitte wissen, sodass wir einen entsprechenden Beschluss fassen können.

Ich habe Sie jetzt noch, nicht weil ich Ihnen misstrauere, sondern weil es meine Pflicht ist, zu belehren, dass Sie hier vor dem Ausschuss wahrheitsgemäße Angaben machen müssen, wie wenn Sie vor Gericht wären. Sie dürfen also nichts weglassen, was Sie wissen, und nichts dazuerfinden, was nicht der Wahrheit entspricht. Würden Sie sich daran nicht halten, wäre das ein Vergehen des Meineids, bestraft mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis fünf Jahren, im günst-

igsten Fall mit einer deutigen Geldstrafe. - Sie haben das so verstanden.

Zeuge M. B.: Ja.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Dann drücken Sie bitte den roten Knopf. Das Mikrophon können Sie die ganze Zeit anlassen.

Geben Sie bitte Ihren Namen und die ladungsfähige Anschrift zu Protokoll.

Zeuge M. B.: Mein Name ist M [REDACTED] B [REDACTED]. Ladungsfähige Anschrift: Bundesnachrichtendienst, Leitungsstab.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr B [REDACTED], ich nehme an, dass dies Ihr Arbeitsname ist.

Zeuge M. B.: Nein.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Dann ist es der Klurname.

Zeuge M. B.: Korrekt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Danke. - Herr B [REDACTED], hier vor dem Untersuchungsausschuss steht es Ihnen frei, ob Sie zum abzufragenden Sachverhalt einen zusammenhängenden Bericht abgeben. Sie können aber auch sagen, dass Sie nur auf konkrete Fragen antworten wollen. Beides ist rechtlich gleichwertig. Wie wollen Sie sich entscheiden?

Zeuge M. B.: Ich würde gern auf Fragen antworten.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr B [REDACTED], Sie waren oder sind Leiter des Leitungsstabes im Bereich 9 des Bundesnachrichtendienstes. Trifft dies zu?

Zeuge M. B.: Das ist korrekt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Sie sind damit unmittelbar dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten zugeordnet und keiner Abteilung angegliedert.

Zeuge M. B.: Korrekt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Stimmt so auch.

(Zuruf eines Regierungsvertreters:
Waren!)

Zeuge M. B.: Waren.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Waren. - 2002/2003, was war damals Ihre Aufgabe?

Zeuge M. B.: Ich war Leiter des Stabes.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Das ist eine Funktion. Die Aufgaben, die Sie im Zusammenhang mit der Entsendung von BND-Mitarbeitern nach Bagdad hatten, würden uns interessieren.

Zeuge M. B.: Der Leiter des Stabes ist eine Art Verbindungsstelle nach innen, das heißt in die Abteilungen des Dienstes, oder nach außen, das heißt primär die Regierung und das Parlament. In Zusammenhang mit Bagdad war ich an der Grundsatzentscheidung: „Was wird gemacht?“, beteiligt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Inwieweit haben Sie sich in diese Entscheidung eingebracht? Haben Sie da Ratschläge erteilt?

Zeuge M. B.: Das ist korrekt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Da gibt es eine Kosten-Nutzen-Analyse.

Zeuge M. B.: Die gab es.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Bitte?

Zeuge M. B.: Die gab es. Es gab eine. Ich würde es formulieren: eine Risikoabwägung in Verbindung mit der Notwendigkeit der Aufklärung und dem potenziellen Ertrag. Zwischen diesen drei Parametern wurde die Entscheidung gesucht und getroffen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Hatten Sie mit der Erstellung dieser Kosten-Nutzen-Analyse irgendetwas zu tun?

Zeuge M. B.: Ich habe sie mit beeinflusst.

Vorsitzender Siegfried Kauder: In welche Richtung mit beeinflusst?

Zeuge M. B.: Grundsatzentscheidung, dass ja; eine Entsendung.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Jetzt gibt es aber auch anderslautende Beurteilungen, Abteilungsleiter 3, wohl Herr Dürr, der zu dem Ergebnis kam, dass ein deutliches Missverhältnis zwischen Gefährdungspotenzial und Beschaffungsmöglichkeiten von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen vorliege. Kannten Sie diese Beurteilung?

Zeuge M. B.: Es gab unterschiedliche Wahrnehmungen. Die Leitung hat anders entschieden.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wieso hat man die Auffassung des Herrn Dr. Dürr zur Seite geschoben?

Zeuge M. B.: Bei der Risikobetrachtung war natürlich die Sicherheit der Mitarbeiter im Vordergrund. Ein Kriegseinsatz ist immer mit hohen Risiken verbunden. Wir mussten auch in Rechnung stellen, dass möglicherweise C-Waffen, chemische Waffen, zum Einsatz kommen. Es war ein enorm hohes Risiko.

Dem stand die Notwendigkeit der Aufklärung gegenüber, die wir sehr hoch ansetzten. Das hatte generell zu tun: Der Irakkrieg war das weltpolitisch dominante Thema. Die Bundesregierung hatte ein prioritäres Interesse daran.

Das Zweite war: Wir waren hochgradig beunruhigt über die potenzielle Desintegration des Landes - mit vielfachen Auswirkungen: Flüchtlingsströme, Destabilisierung der Region.

[REDACTED]

[REDACTED]. Wir hatten noch im Hinterkopf - - Präsident Hanning hat angefangen, um das einzuschieben, Ende 1998. Wir hatten 99/2000 - - 99 die [REDACTED]-Krise. Das war uns noch in lebhafter Erinnerung.

Es kamen andere Argumente dazu. Eine Destabilisierung, [REDACTED]

[REDACTED], war für uns eine sehr bedrohliche Angelegenheit. Hinzu kam: Wir

hatten einen erhöhten Informationsbedarf aus unserer Sicht zu decken, was die Bundeswehr betraf. Wir hatten [REDACTED] in Kuwait. Wir waren hoch interessiert an einem Post-Saddam-Szenarium. Das war mehr oder weniger die Überlegung der Aufklärungspriorität.

Dem stand der potenzielle Ertrag gegenüber. Ich stimme Dr. Dürr zu. Wir setzten ihn nicht besonders hoch an, aber daraus entsteht kein nachrichtendienstliches Lagebild. Das Lagebild ist vergleichbar mit einem Mosaik, und jeder kleine Stein macht es enger, macht es dichter. Es war ferner eine der wenigen Möglichkeiten, eigene Erkenntnisse zu gewinnen. Die Leitung legte großen Wert auf eigene Lagebilder. Deswegen wurde die Entscheidung so getroffen, wie sie getroffen wurde.

Vorsitzender Siegfried Kauder: An welchen Erkenntnissen war man denn interessiert?

Zeuge M. B.: Der Auftrag war sehr breit angelegt, betraf im Grunde alle Hauptsachgebiete, das heißt politische, militärische, technikwissenschaftliche, soziale, psychosoziale Stimmungen, Lebensmittelversorgung, alles. Es gab keinerlei Einschränkung. Es wäre auch nicht möglich gewesen. Der Irak ist ein Land größer als die Bundesrepublik. Bagdad ist eine Stadt, die ungefähr doppelt so viel Einwohner hat wie Berlin. Es wäre nicht möglich gewesen, zwei Mitarbeitern konkrete Vorgaben in dieser oder jener Richtung zu machen. Sie mussten lageabhängig ihre Entscheidungen treffen und darüber berichten. In einer Krisensituation gab es keinerlei Einschränkungen, was Prioritäten betrifft. Es war alles wichtig.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Jetzt weiß ich noch immer nicht ganz konkret, an welchen Informationen man interessiert war.

Zeuge M. B.: Alles, was die Mitarbeiter vor Ort in Bagdad sehen, hören konnten, egal welcher Natur. Es gab keine Einschränkung. Ich kann es vielleicht - wenn Ihre Frage daraufhin abzielt - so konkretisieren: Es war ein nachrichtendienstlicher Auftrag; es war kein militärischer Auftrag.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Welche Rolle spielte die Einrichtung eines Verbindungs-

ungsbeamten bei [REDACTED] für die Frage der Installation von BND-Mitarbeitern in Bagdad?

Zeuge M. B.: Nach meinem Kenntnisstand war es eine *Conditio*, das heißt Bagdad ja und [REDACTED] ja.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Hat man sich auch Gedanken gemacht über die Weitergabe von Informationen, die man aus Bagdad bekommen könnte?

Zeuge M. B.: In einem zweiten Schritt ja; das ist korrekt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Nicht gleich von Anfang an? Das lag doch eigentlich auf der Hand.

Zeuge M. B.: Es musste zunächst eine Grundsatzentscheidung getroffen werden. Natürlich hat man immer daran überlegt; aber meines Wissens ist die Entscheidung, in welcher Form das stattfindet, erst nach der Grundsatzentscheidung getroffen worden, die im Grunde genommen immer wieder hinterfragt wurde. Die letztendliche Entscheidung hat sich der Präsident immer vorbehalten und nach meiner Kenntnis erst kurz vor dem Krieg getroffen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr B [REDACTED], darf ich das so verstehen, dass man sagte: Erst reden wir mal darüber, ob zwei Beamte des BND in Bagdad bleiben, ob es einen Verbindungsbeamten bei [REDACTED] gibt, und dann reden wir darüber, wer an wen welche Informationen gibt?

Zeuge M. B.: Nein, so war das nicht. Die Grundsatzentscheidung war ja schwer genug zu treffen. Als sie getroffen wurde, da spielte immer mit hinein: Was, welche Informationen geben wir den Amerikanern? Die Amerikaner mussten aus verschiedenen Gründen ins Boot genommen werden. Das hatte mit Sicherheit zu tun. Wir hatten ein Sicherheitskonzept für die Mitarbeiter aufzustellen. Da spielten die Amerikaner eine große Rolle. Da spielten Evakuierungsfragen eine Rolle. Da spielte eine Rolle, dass die Botschaft und die Residentur nicht angegriffen wurden. Das war zwangsläufig der Fall.

Als es dann darum ging, welche Informationen übermittelt wurden, hatten wir - ich

würde sagen - zwei Parameter zu berücksichtigen. Das eine waren politische Parameter. Sie kennen die Entscheidung der Bundesregierung: keine Beteiligung an dem Krieg. - Es gab regionale Sensibilitäten zu berücksichtigen. Wie Sie wissen, ist der Bundesnachrichtendienst in der Region vertreten. Der Krieg war nicht besonders beliebt. Wir konnten, wir mussten Aversionen hier in Rechnung stellen, das in die Entscheidung mit einbeziehen. Es gab sicherheitliche Überlegungen. Die Mitarbeiter waren in Bagdad. Zu dieser Zeit gab es irakische Streitkräfte. Es gab einen irakischen Nachrichtendienst. All das musste berücksichtigt werden.

Es gab professionelle Gründe. Die Mitarbeiter waren für nachrichtendienstliche Einsätze ausgebildet.

Das heißt, die Gefahr, in die sogenannte - ich möchte es mal nennen - Gerüchtfalle zu fallen, was sehr hoch. In einer Krisensituation hören Sie ungeheuer viel und ungeheuer viel Falsches. Das war immer durch Fachleute zu reflektieren, die andere Blickwinkel einbringen konnten, das heißt die Auswertung. Infolgedessen wurde festgelegt, dass die normalen Berichtswege nicht verändert werden. Die Mitarbeiter hatten an die Auswertung zu melden. Die Auswertung hatte ihre Informationen mit anderen Informationen gegenzuprüfen, die Validität zu überprüfen und dann eine Entscheidung der Weitergabe zu treffen - in diesem Rahmen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr B., Sie sagten jetzt: Es gab Parameter für die Arbeit der BND-Mitarbeiter in Bagdad und des Verbindungsbeamten. Ein Parameter sei gewesen: keine Beteiligung Deutschlands am Irakkrieg. - Das ist jetzt eine recht generelle Botschaft. Wie wurde die im Detail umgesetzt? Da muss es doch Vorgaben gegeben haben: Welche Informationen kriegen unter dieser Prämisse die Amerikaner und welche nicht?

Zeuge M. B.: Diese Parameter galten primär für die Auswertung. Die Auswertung war der Nexus. Sie hatte die Aufgabe, die Informationen zu sammeln, auszuwerten - - und dann auch eine der Aufgaben, Informationen auszutauschen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr B., ich lasse Ihnen jetzt eine Urkunde vorlegen. Da geht es um ein Gespräch, das

Sie mit Herrn D. geführt haben, und zwar am 11. Oktober 2002, zur Frage,

(Dem Zeugen werden Schriftstücke vorgelegt)

Zeuge M. B.: Ja.

Vorsitzender Siegfried Kauder:

Was darf man sich unter „“ vorstellen?

Zeuge M. B.: Was immer Herr D. damit gemeint haben mag: Aus Sicht der Leitung waren alle Hauptsachgebiete abzudecken, unter anderem auch militärisch. Insofern war das ein von uns, von mir befürwortetes Vorgehen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wenn Sie mir dafür einfach mal ein Beispiel geben würden: Was verstehen Sie unter „“?

Zeuge M. B.: „“ ist das - - würde ich jetzt interpretieren als: Streitkräftepotenzial Iraks.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Was mich jetzt ein bisschen irritiert, ist, dass Sie sagen: Ich würde interpretieren. - Das ist doch Ergebnis einer Besprechung, die Sie mit Herrn D. geführt haben.

Zeuge M. B.: Ich weiß das gar nicht mehr, ob ich mit Herrn D. eine Besprechung in der Form geführt habe. Es gibt hier eine Leitungsvorlage, die mir vorliegt. Ich kann Ihnen die Frage, ob ich das mit ihm diskutiert habe, nicht beantworten. Nach meiner Erinnerung würde ich eher sagen: nein.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ich habe keine weiteren Fragen. - Die FDP mit acht Minuten. Kollege Stadler.

Dr. Max Stadler (FDP): Herr B., Sie sagten: Die Mitarbeiter hatten einen nach-

richtendienstlichen, keinen militärischen Auftrag; die beiden Mitarbeiter, die nach Bagdad entsandt wurden. - Aber sie waren Soldaten.

Zeuge M. B.: Ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Darf man annehmen, dass sie gerade wegen ihrer militärischen Kenntnisse für diesen Einsatz ausgewählt wurden?

Zeuge M. B.: Meine Motivation war eine ganz andere. Das hatte viel mehr mit Sicherheit zu tun. Ich nahm an, dass sich Soldaten in einem Kriegsszenarium sicherer bewegen als Zivilisten.

Dr. Max Stadler (FDP): Sie haben die Gründe geschildert, die zu der Entscheidung geführt haben. Trifft es zu, dass das aber ein Novum war, während man früher Mitarbeiter eben gerade nicht in Kriegsgebieten beließ?

Zeuge M. B.: Ich zögere jetzt etwas, weil ich auch auf meine Aussagegenehmigung achten muss. - Ein Krieg in dieser Form war ein Novum, aber das heißt nicht, dass der Bundesnachrichtendienst nicht in Krisenregionen präsent war.

Dr. Max Stadler (FDP): Wieso war der Krieg in dieser Form ein Novum?

Zeuge M. B.: Es handelte sich um einen Krieg, der einen Regierungswechsel durch eine mit uns befreundete Nation, durch die Amerikaner, anstrebte. Das war ein Novum. Es gab eine - - Wenn Sie in die Region schauen: Es gibt sehr viele Bürgerkriege. Es gibt enorme Spannungen. Das sind Situationen, die vertraut waren. Das war nicht vertraut.

Dr. Max Stadler (FDP): Es war erklärtes Kriegsziel, einen Regierungswechsel herbeizuführen, durch die Amerikaner.

Zeuge M. B.: Aus meiner Sicht ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Ja, das ist sicher richtig. Was bedeutete denn das für die Tätigkeit von SET? Welche Vorgaben gab es, wenn man den Aufenthalt von Saddam Hussein erfahren hätte? Sicherlich natürlich sofortige Meldung nach Pullach; das ist, glaube ich, klar. Aber sonst auch noch?

Zeuge M. B.: SET hat nach meiner Kenntnis Steuerungsaufträge der Auswertung bekommen. Ich selbst hätte nie erwartet, einen solchen Auftrag erfüllen zu können. Die Situation war aus der Zentrale nicht überprüfbar, nicht überschaubar. Eine Stadt dieser Größenordnung, ungefähr 5 Millionen plus, 6 Millionen Einwohner, Sie schicken zwei Mitarbeitern hin, die sich mit der Situation erst vertraut machen, sie kennen die Bewegungsmöglichkeiten einer sich dynamisch entwickelnden Lage nicht, da ist der Auftrag sehr weit gefasst. In einer Krisensituation, in einer Kriegssituation ist im Grunde genommen alles von Interesse.

Dr. Max Stadler (FDP): So ist es.

Zeuge M. B.: Speziell [REDACTED]. Ich kenne die Aufträge, die die Auswertung weitergeben hat, nicht.

Dr. Max Stadler (FDP): Einer der beiden Mitarbeiter - so erinnere ich es - sagte sinngemäß, natürlich habe auch die Frage des Aufenthaltsorts von Saddam zum Generalauftrag gehört. - Es wäre ja abenteuerlich, wenn genau diese Fragestellung sozusagen verboten gewesen wäre, wenn ich das einmal so sagen darf.

Zeuge M. B.: Mag sein. Aber, wie gesagt, ich bin in den Steuerungsprozess, in den Detailprozess gar nicht eingebunden gewesen.

Dr. Max Stadler (FDP): Nein, das ist auch nicht meine Frage, sondern meine Frage ist: Wenn man Mitarbeiter in dieses Szenario schickt und es erklärtes Kriegsziel der Amerikaner gewesen ist, einen Regierungswechsel herbeizuführen - dazu gehört dann auch als Unterziel, dass man der Person von Saddam Hussein habhaft wird -, dann liegt doch nahe, dass in der Planung dieses Einsatzes dieses Problem eine Rolle gespielt hat, wie man sich da zu verhalten hatte, wenn man sozusagen - vielleicht ungewollt oder zufällig, aufgedrängt - Informationen diesbezüglich bekommt.

Zeuge M. B.: Herr Abgeordneter, die Entscheidung, dass zur Verbesserung des Lagesbildes Mitarbeiter nach Bagdad geschickt werden, war eine rein nationale Entscheidung. Das hatte mit den Amerikanern und

der amerikanischen Zielsetzung nicht das Geringste zu tun.

Dr. Max Stadler (FDP): Ich will auf Folgendes hinaus - es ist Ihnen ja klar, was meine Fragestellung bezweckt -: Es wäre logisch, wenn Sie hier die Antwort geben würden: Da wir mit der Kriegsführung der Amerikaner und mit deren erklärtem Kriegsziel nichts zu tun hatten, war die Vorgabe, keine Erkundigungen zu betreiben zum Aufenthalt von Saddam oder, wenn doch, nur nach Pullach zu melden, aber auf keinen Fall weiterzugeben. Aber diese Antwort habe ich jetzt von Ihnen nicht gehört.

Zeuge M. B.: Ich persönlich habe bei der Grundsatzentscheidung, wie erwähnt, mitgewirkt. Einschränkungen irgendwelcher Art habe ich nicht empfohlen.

Dr. Max Stadler (FDP): Gab es -- Noch einmal: Es kam ja nicht dazu, jedenfalls soweit wir wissen. Aber trotzdem: Es ist doch eine entscheidende, wichtige Frage, wie wir uns verhalten, wenn wir zum erklärten Kriegsziel der Amerikaner beitragen können durch Informationen, wenn wir solche Informationen haben. Ob wir die dann geben oder für uns behalten, ist doch eine entscheidende Frage. Gab es denn wenigstens eine Einschränkung dahin, dass die SET-Mitarbeiter keinesfalls unmittelbar mit den Amerikanern kommunizieren durften?

Zeuge M. B.: Um mit Ihrer letzten Frage zu beginnen - ich dachte, ich hätte sie beantwortet -: Das gab es. Es gab keine Sonderberichtswege.

Ich persönlich hatte große Bedenken, dass Mitarbeiter, die nicht über viele Monate, langjährig mit einer speziellen Umgebung vertraut sind, in die Falle - ich erwähnte es: Gerüchte-Intelligence, Gerüchtenachrichtendienst - fallen. Der Nachbar sagt Ihnen: Da ist eine Stelle des Geheimdienstes. Dann berichtet er, es ist ein Geheimdienst. Das muss gar nicht stimmen. Die Informationen waren gegenzuprüfen. Das konnte nur auf dem normalen Berichtsweg erfolgen.

Dr. Max Stadler (FDP): Nun gab es, wenn auf dem normalen Berichtsweg Informationen nach Pullach gelangten, ja gewisse Kriterien, was davon weitergegeben werden

durfte an [REDACTED] und damit an die Amerikaner und was nicht.

Zeuge M. B.: Ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Wer hat denn diese Kriterien eigentlich formuliert?

Zeuge M. B.: Der Präsident.

Dr. Max Stadler (FDP): Der Präsident. - Auf Ihren Vorschlag hin, oder haben Sie das entworfen?

Zeuge M. B.: Ich versuche, um der Aufforderung des Vorsitzenden auch zu entsprechen, es so wahrheitsgemäß wie möglich zu beantworten.

Dr. Max Stadler (FDP): Ja. Vielleicht wissen Sie es nicht mehr; das mag ja sein.

Zeuge M. B.: Nach meiner Erinnerung kam Präsident Dr. Hanning auf mich zu und sagte: Das war die Entscheidung der Bundesregierung. Wie gehen wir damit um? Wir müssen das einhalten. - Ich sagte ihm: Eigentlich ist es gar nicht so schlecht, [REDACTED]

[REDACTED] Wir müssen da sehr vorsichtig sein.

Dr. Max Stadler (FDP): Ich habe den Bezugspunkt „Eigentlich ist es gar nicht so schlecht“ nicht ganz verstanden.

Zeuge M. B.: Es deckte sich mit professionellen Überlegungen.

Dr. Max Stadler (FDP): Nein. Worauf hat Herr Hanning sich bezogen?

Zeuge M. B.: Herr Hanning hat sich offensichtlich auf Gespräche mit der Bundesregierung bezogen: Wir betreiben keine Aufklärung im Sinne taktisch-operativ nutzbarer Informationsweitergabe.

Dr. Max Stadler (FDP): Und das fand er gar nicht so schlecht, weil - -

Zeuge M. B.: Nein, das war mein Argument. Das war falsch. Ich erwähnte zusätzlich: Unter professionellen Aspekten ist das zusätzlich zu befürworten.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Zum Nächsten in der Runde. Die SPD. Kollege Hartmann.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr B [REDACTED], der Kollege Stadler hat ja vorhin dieses Beispiel der Suche nach Saddam Hussein erwähnt. Wir hatten das Thema auch schon mit anderen Zeugen aus dem BND erörtert, unter anderem mit Herrn Sch [REDACTED], der ganz klar sagte - deckt sich das auch mit Ihrer dienstlichen Einschätzung? -: Wären wir in Kenntnis des Aufenthalts von Saddam Hussein gelangt, wäre das eine so hochpolitische und brisante Frage gewesen, dass das auf jeden Fall an die Leitungsebene weitergegeben worden wäre zur Bewertung und zur Frage des weiteren Umgangs. - Ist das Usus bei einer Information dieser Qualität, oder bleibt so etwas im normalen Dienstgang, der allgemein festgelegt wurde?

Zeuge M. B.: Nein. Leitungsrelevante Informationen zu erkennen, obliegt der Verantwortung des einzelnen Fachmannes. Ein Fachmann - ich unterstelle, er ist einer - kann das beurteilen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das heißt, es hätte beispielsweise keinen Automatismus gegeben: SET meldet auch uns, dem BND in Pullach, den Aufenthaltsort von Saddam, wir geben das weiter an die Zentrale, die Zentrale gibt das weiter an [REDACTED], und so gelangt das in die Hände der US-Amerikaner?

Zeuge M. B.: Das ist letztendlich eine theoretische Frage, aber - -

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Sicher, aber eine plausible.

Zeuge M. B.: Ich würde annehmen, dass die Information zur Leitung vorab gegangen wäre.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das gehört ja in den Kontext der Gesamtfragestellung. Sie haben ja überzeugend ausgeführt: Es war eine nationale Entscheidung, dieses Team nach Bagdad zu entsenden, um für uns, für das Lagebild der Bundesrepublik Deutschland relevante Informationen zu erhalten, dennoch gab es eine

Zusammenarbeit mit der US-Seite. Wie verträgt sich das?

Zeuge M. B.: Ad eins. Sie war zunächst gar nicht zu vermeiden. Mitarbeiter in Bagdad, ein amerikanischer Angriff bevorstehend - das können Sie den Amerikanern nicht verschweigen, wenn Sie für Sicherheit ihrer eigenen Leute sorgen wollen. Der erste Punkt war: Gebt den Amerikanern ja die Koordinaten der Residentur bzw. der Botschaft. Wir hatten wenig Interesse daran, in einen Luftschlag verwickelt zu werden. Das war völlig normal. Es war zwangsläufig. Das war die Primärinformation nach meiner Erinnerung. Dann gibt es einen generellen Informationsaustausch, der die Amerikaner mit einschließt, aber auch alle anderen, mit denen wir kooperieren.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das heißt - Sie haben ja vorhin von einem Junktim gesprochen -, es gab durchaus die auch ansonsten übliche Zusammenarbeit, in diesem Falle sogar speziell dadurch verstärkt, dass wir im [REDACTED] unseren [REDACTED] etabliert hatten?

Zeuge M. B.: Die Zusammenarbeit des Bundesnachrichtendienstes mit internationalen, mit anderen Diensten ist Tagesgeschäft und wird natürlich gerade bei einer Krise fortgesetzt.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Haben Sie denn - mit „Sie“ meine ich jetzt Sie persönlich, aber auch das dienstliche Umfeld - das Dilemma abgewogen, in das man sich damit unweigerlich begeben hat, nämlich die US-Amerikaner als kriegsführende Partei, wir als diejenigen, die nicht zur sogenannten Koalition der Willigen gehörten, und dennoch Zusammenarbeit?

Zeuge M. B.: Das war immer schwierig. Das ist korrekt.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Wie wurde das abgewogen und bewertet? Wie wollte man es schaffen, diesen schmalen Grat zu wahren?

Zeuge M. B.: Es wurde abgewogen mit der Linie „keine operativ-taktischen kriegsrelevanten Informationen“. Es umfasste Stimmungsbilder. Es umfasste eine Fülle von

Bewegungen, aber nicht operativ-taktisch nutzbar. Das war die Grenze. Wobei diese Informationen im Grunde genommen hätten eher -- Ich würde mal sagen: Es war ja nicht steuerbar, ob sie generiert werden können oder nicht.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Jetzt wird ja hier im Ausschuss immer wieder über Einzelmeldungen, die beispielsweise auch Koordinatendaten enthielten, diskutiert. Es wird darüber gesprochen, dass Sandsackstellungen und andere strategisch wichtige Punkte vom SET erfasst wurden. Sind wir da nicht wieder in genau diesem Risiko drin, dass das SET auch militärische Aufklärung - Sie haben es ja vorhin bestätigt - betreibt, obwohl wir nicht kriegsführend sind, wohl aber unser Partner, die USA, die im [REDACTED] unseren [REDACTED] sitzen haben, den sie ja auch - in Anführungsstrichen gesprochen - „ausquetschen“ wollten?

Zeuge M. B.: Das Dilemma ist immer da.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Wie haben Sie versucht, zu vermeiden, dass wir abstürzen auf diesem schmalen Grat? Welche Sicherungen waren eingebaut?

Zeuge M. B.: Die Sicherung war die Auswertung als Stelle, die alles gegenprüft. Es ist ja nicht so, dass die Auswertung das zum ersten Mal tut. Die Auswertung betreibt das Informationsgeschäft mit anderen Diensten seit jeher. Es gibt eine Fülle von Regularien, die einzuhalten sind bei diesem Erkenntnisaustausch. Das betrifft im Regelfall Folgendes: [REDACTED]

[REDACTED]. - Hier kam hinzu: Es gibt keine Angaben operativ-taktisch nutzbarer Art. Die Auswertung wurde primär von militärischen Fachleuten gefahren. Ich unterstelle, dass sie imstande sind, ein entsprechendes Urteil zu fällen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Sie haben uns ja vorhin noch einmal geschildert, dass die Mitglieder des SET einen militärischen Berufshintergrund hatten und haben und dass die militärische Aufklärung auch eine Rolle spielte. Warum? Für unser eigenes Lagebild. Sie waren ja - auch das haben Sie ausgeführt - in eine diffuse,

unbekannte, undifferenzierte Situation geschickt worden.

Zeuge M. B.: Wenn ich meine Aussagegenehmigung betrachte, dann darf ich hier eigentlich keine Aussagen machen zur operativen Arbeitsweise, zu konkreten Aufträgen und Ähnlichem. Lassen Sie mich versuchen, so zu antworten --

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Darf ich Ihnen vielleicht mit einem Zwischenruf helfen? Sie haben vorhin selbst das Bild vom Mosaik verwendet.

Zeuge M. B.: Das wollte ich wieder verwenden. - Wenn Sie ein Mosaik haben, dann bedeutet das: Sie haben ungeheuer viele Bausteine. Die Informationen, die von dem SET gewonnen wurden, waren ein winziger Teil. Aber sie waren wichtig. Sie waren aus unserer Sicht wichtig, weil sie einen eigenen Beitrag zu diesem Mosaik, zu diesem Bild lieferten. Vergleichen Sie es mit den Digitalkameras von heute: Je mehr Pixel sie haben, desto schärfer ist das Bild.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ich möchte Sie, soweit Sie das beurteilen und erinnern können, noch einmal fragen zum Umgang mit den Informationen, die das SET aus Bagdad geliefert hat. Können Sie etwas darüber sagen, welche Informationen der Präsident persönlich erhalten hat, wie welche Informationen nach welchen Kriterien an ihn gesteuert wurden?

Zeuge M. B.: Nein.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das heißt, das ist nicht über Ihren Tisch gegangen?

Zeuge M. B.: Die Lage war extrem dynamisch, veränderte sich sozusagen stündlich. Der Bundesnachrichtendienst versuchte, sich darauf einzustellen, dass es tägliche Lagebesprechungen gab. Diese Lagebesprechungen wurden vom Präsidenten geleitet. An diesen Besprechungen nahm ich nicht teil.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Daran nahmen Sie nicht teil?

Zeuge M. B.: Nein.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Sind das Fragen, die vielleicht besser an Herrn Sch [REDACTED] gerichtet sind?

Zeuge M. B.: Er war dabei.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Noch mal zu Ihrer persönlichen konkreten Rolle bei dem infrage stehenden Thema. Haben Sie selbst jemals Kontakt zum SET oder zu [REDACTED] gehabt während des Einsatzes?

Zeuge M. B.: Das war nicht meine Aufgabe.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das ist auch nicht durch Zufall oder durch einen konkreten Auftrag geschehen?

Zeuge M. B.: Nein.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Haben Sie jemals Informationen, die für die taktisch-operative Kriegsführung der US-Streitkräfte im Irak von Bedeutung waren, erhalten oder an US-Stellen weitergeleitet?

Zeuge M. B.: Ich war der Leiter des Stabs. Ich hatte damit nichts zu tun. Das war nicht mein Job.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die Linke. Kollege Paech.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Noch einmal zurück zu dem Beginn Ihrer Planungen. Ihnen wurde schon die Notiz eines Gesprächs zwischen Herrn D [REDACTED] und Ihnen vorgelegt, welches am 11.10. war. Meine Frage: Wann fing der BND eigentlich damit an, für die Operation des heraufziehenden Krieges Planungen für den Einsatz einerseits in Bagdad, andererseits aber auch in [REDACTED] zu unternehmen?

Zeuge M. B.: Die Frage ist davon abhängig, wie Sie „Planungen“ definieren. Überlegungen - -

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ja, nehmen wir zunächst mal die Überlegungen. Man muss, ehe man konkret plant, Überle-

gungen darüber machen: Sollen wir das machen? Was sollen wir dort in dem Falle machen?

Zeuge M. B.: Die Überlegungen, den Gedanken würde ich zeitlich so einordnen - bei allen Ungewissheiten -, dass man sich eventuell im September intensiver damit beschäftigte. Ich kann mich erinnern: Ich glaube, im September gab es eine UN-Vollversammlung, auf der Präsident Bush ein Plädoyer für eine Irakinvasion hielt. Das war sicherlich ein Alarmzeichen, das von uns wahrgenommen wurde. Konkrete Planungen - -

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Die Frage geht weiter: Wann wurde es für Sie konkreter - ohne Planungen -, die Ziele Bagdad und [REDACTED] auszuwählen, um dort Mitarbeiter zu platzieren?

Zeuge M. B.: Am 11. Oktober. Das mir gerade vorgelegte Schreiben von Herrn D [REDACTED], dem Führungsstellenleiter, konkretisierte den Wunsch, [REDACTED] - das war der Erstanatz - [REDACTED]. Da war es dann sehr konkret.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Und mit dem [REDACTED] dann [REDACTED]?

Zeuge M. B.: Das vermag ich zeitlich nicht sicher einzuschätzen. Es war meiner Erinnerung nach nicht zu diesem Zeitpunkt, Oktober. Es müsste später gewesen sein. Ich nehme an, November.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Kamen die Überlegungen von Ihnen, also aus dem BND, oder woher kamen die? Wurden Sie eventuell von anderen Abteilungen oder Institutionen der Regierung dazu aufgefordert, sich Gedanken zu machen?

Zeuge M. B.: Der Gedanke entwickelte sich nach meiner Erinnerung nicht im Leitungsbereich, im Leitungsstab mit Sicherheit nicht.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Wo denn dann?

Zeuge M. B.: Nach der Aufgabenverteilung im Bundesnachrichtendienst ist für Fra-

gen der Partnerpolitik die Abteilung 1 zuständig.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Im Bundeskanzleramt?

Zeuge M. B.: Nein. Die operative Aufklärungseinheit des Dienstes.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Des Dienstes. - Ich frage: Kamen die Überlegungen, sich in Bagdad mit Mitarbeitern zu engagieren, aus dem Dienst selber, oder kamen die eventuell von außen, -

Zeuge M. B.: Nein.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): - eben zum Beispiel vom Auswärtigen Amt, Bundeskanzleramt oder Bundesverteidigungsministerium?

Zeuge M. B.: Ich versuchte vorher, deutlich zu machen - es tut mir leid, wenn ich da nicht klar war -: Die Entscheidung, was getan wird, war originär eine bundesnachrichtendienstliche Entscheidung, hatte mit keiner Innen- oder Außenbehörde zu tun, hatte nichts mit dem Kanzleramt - - Das war rein BND.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Damit ich das jetzt auch richtig verstehe: die Entscheidung, was gemacht wird - das ist mir klar. Aber kam die Frage: „Ist es überhaupt notwendig, in Bagdad und dann auch schließlich in [REDACTED] die Residentur einerseits zu verstärken, andererseits dort jemanden einzusetzen?“, von Ihnen oder eventuell von außen?

Zeuge M. B.: Das kam nicht von außen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Das kam auch von innen. - Dann ist meine Frage: Welches Interesse hatte das Bundeskanzleramt in dieser Sache, und wann trat es zum ersten Mal auch in den Planungen, dort die beiden Stellen zu besetzen, auf?

Zeuge M. B.: Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Haben Sie über diese Entscheidung und über diese

Planungen nie mit dem Bundeskanzleramt in diesen frühen Etappen geredet?

Zeuge M. B.: Nein. Nach meiner Erinnerung, nein.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Wann kam denn das Bundeskanzleramt dann in diese - sozusagen - Operation hinein? Wann ist das Bundeskanzleramt dort aufgetreten und hat gesagt: „Das interessiert uns“ und aus welchen Gründen?

Zeuge M. B.: Wann das Bundeskanzleramt aufgetreten ist, kann ich Ihnen nicht beantworten. Wann der BND auf das Kanzleramt zugegangen ist? Das war sicher im Oktober. Im Oktober gab es eine Vorlage, die Sie alle gerade mitverfolgt haben.

Die Entscheidung des Dienstes war positiv. Diese positive Entscheidung bedeutete nicht, dass man das nun umsetzen konnte. Es gab formelle Überlegungen, und es gab materielle Überlegungen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ja.

Zeuge M. B.: Formell müssen Sie, um einen solchen Schritt zu vollziehen, logischerweise das Kanzleramt einschalten - bei der Bedeutung der Frage. Sie müssen das Auswärtige Amt einschalten, das immerhin der Hausherr der Botschaft ist, Sie müssen den irakischen Nachrichtendienst einschalten. Sie können da nicht einfach hingehen.

Das sind die drei Spieler, die Sie brauchen, um eine solche Maßnahme zu implementieren.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Und das Bundesverteidigungsministerium?

Zeuge M. B.: Meiner Erinnerung nach: Nein.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Das heißt, vom BND ging die Initiative aus, jetzt die notwendigen Ministerien einzuschalten. Welcher Respons kam zum Beispiel vom Bundeskanzleramt? Welche Interessen definierten die denn? Sie haben vorhin die Interessen definiert, dass es um politische, militärische, psychosoziale Stimmungen und darum ging, dort ein ganzes Bild zu erhalten - wegen der instabilen Situation: Golf, Türkei, Kuwait usw. Was war das Interesse?

Welches war dann das Interesse des Bundeskanzleramtes?

Zeuge M. B.: Ich habe keine direkten persönlichen Kenntnisse darüber.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Persönlich nicht, aber Sie waren ja doch sehr hoch angesiedelt. Da hatten Sie doch als Leitungsfunktion auf jeden Fall dort auch die Gespräche mit denen - - bzw. wurde das doch kommuniziert.

Zeuge M. B.: Die Kommunikation oblag dem Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Nächste in der Runde ist die CDU/CSU. Kollegin Köhler.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Herzlichen Dank. - Herr B [REDACTED], Sie haben uns ja eben geschildert, dass die Informationen, die an [REDACTED] weitergingen, solche waren, die operativ nicht nutzbar waren - so die Formulierung.

Zeuge M. B.: Nein: operativ-taktisch für die Kriegsführung.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Operativ-taktisch für die Kriegsführung nicht nutzbar. So haben Sie es gesagt, genau.

Zeuge M. B.: Korrekt.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Der Zeuge Sch [REDACTED], den wir hier ja auch vernommen haben, hat auf die Frage „Nach welchen Gesichtspunkten haben Sie jetzt entschieden, was weitergeht und was nicht?“ des Vorsitzenden Siegfried Kauder auch ausgeführt - ich zitiere -:

Der erste Punkt war natürlich immer: Ist es überhaupt weitergabefähig auf der Grundlage der Vorgaben des Präsidenten? Und zum anderen: Ist es irgendwas, was dem Verbindungsreferenten in [REDACTED] erlaubte, [REDACTED]

Auch [REDACTED], den wir hier ja auch vernommen haben, hat - jetzt sinngemäß - formuliert, dass das Input-Output-Verhältnis aus deutscher Sicht sehr gut war, dass er also quasi für die Informationen, die er weitergeben konnte, gute - es klang auch so: deutlich bessere - Gegeninformationen von den Amerikanern bekommen hatte.

Ist das erst mal eine Beschreibung, der Sie sich so anschließen können?

Zeuge M. B.: Ad eins: Ich weiß es nicht, weil ich in den Detailinformationsfluss nicht eingebunden war und ich auch gar kein Interesse daran hatte. Aber es ist logisch. Ich meine: [REDACTED]

[REDACTED], als der Bundesnachrichtendienst das mit zwei Mitarbeitern in Bagdad zustande bringen kann. Das ist logisch. Ohne dass ich es weiß, würde ich behaupten: Klar.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Was mich an der Sache nur immer wundert, ist: Böse formuliert - so hat es kein Zeuge formuliert - könnte man ja auch sagen: Man hat [REDACTED] so ein bisschen über den Tisch gezogen.

Zeuge M. B.: Ich würde das nicht so formulieren.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Gut. - Was mich zumindest aber immer wundert, ist die Frage, warum das denn so funktioniert hat; denn auch die Amerikaner machen ja aus ihrer Sicht Kosten-Nutzen-Analysen. Wenn es nur Informationen waren, mit denen man, wie Herr Sch [REDACTED] gesagt hat, [REDACTED], kann ich mir kaum vorstellen, dass die Amerikaner das nicht erkannt haben.

Zeuge M. B.: Es gibt zwangsläufig Ungleichgewichte. Wobei: Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, ist Herr Sch [REDACTED] Soldat. Er kommt immer mit dem militärischen Aspekt. Ich bin Zivilist. Ich würde sagen: In einem Kriegsszenarium sind alle Informationen - nicht nur militärische - - Da ist die Wasserstandsmeldung; sie hat einen Wert. Wenn Sie vor Ort generiert wird, hat das seine Bedeutung - auch für die Amerikaner. Dass ein Ungleichgewicht vorhanden ist, dürfte den

Amerikanern bewusst sein - oder gewesen sein, um es korrekt zu formulieren.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Jetzt haben Sie uns ja ganz zu Beginn umfassend auch die Notwendigkeit der Aufklärung allein für die deutsche Seite geschildert. Sie haben auch gesagt, dass die Leitung großen Wert auf ein eigenständiges Lagebild legte.

Zeuge M. B.: Präsident Hanning legte großen Wert auf eigenständige Lagebilder.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Genau. - Auch das Bild des Mosaiks habe ich verstanden. Was ich aber trotzdem nicht verstehe, ist, wieso ein solcher Mosaikstein zum Beispiel auch die Frage ist, die wir hier - wenn Sie möchten, lege ich Ihnen das vor - in einem Steuerungshinweis an das SET haben: [REDACTED] - Ich verstehe nicht, wieso das für ein Lagebild der Bundesregierung von Bedeutung ist, auch nicht als Mosaikstein.

Zeuge M. B.: Sie müssen den Auswerter fragen. Ich bin kein Auswerter.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Sie ... (akustisch unverständlich) das aber auch.

Zeuge M. B.: Keine Fragestellung, die mich -- Die Auswertung hat verschiedene Funktionen: Sie sammelt die Informationen, sie bekommt die Informationen, sie verifiziert die Informationen, sie prüft sie gegen, und sie steuert. Ich habe mir nicht angemaßt, mehr als der Analytiker über die Lage zu verstehen. Ich war in den Steuerungsprozess nicht eingebunden. Ich wollte das nicht, konnte das nicht.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Ich sage ja auch nicht, dass der Steuerungshinweis von Ihnen kommt oder Sie davon wussten. Aber können Sie denn nachvollziehen, dass es nach dem, was Sie geschildert haben - was ich nachvollziehbar fand -, was das Interesse der Leitung und damit auch der Bundesregierung war, schon wundert, wenn nach [REDACTED] gefragt wird?

Zeuge M. B.: Ich kenne den Zusammenhang nicht.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Ja.

Zeuge M. B.: Ich weiß nicht. Er stellt sich mir sehr abstrakt - jetzt ganz konkret - dar. Vielleicht wurde, wer immer ihn gestellt hat, eine Intention damit verbunden, die sich mir nicht erschließt.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Erschließt sich Ihnen also auch nicht.

Zeuge M. B.: Ich weiß das jetzt nicht im Detail. Ich kann Ihnen das nicht beantworten.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Ich könnte es ja nachvollziehen, wenn man fragt: Gibt es noch [REDACTED]? Das kann ich nachvollziehen; denn das ist ja eine relevante Information: Kann sich der Irak überhaupt noch verteidigen? - Aber wo genau sie liegen - -

Zeuge M. B.: Wir könnten spekulieren. Wir könnten spekulieren: Gibt es da [REDACTED], weil irgendein Objekt, das wir schützen wollten - vielleicht unser eigenes -, in der Nähe ist? Ich meine: Wenn Sie in einem Hotel absteigen und dahinter [REDACTED] ist, dann ist das sehr unangenehm.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Das stimmt. Das wäre also eine mögliche Interpretation.

Zeuge M. B.: Ich weiß es nicht. Ich bin in dem Bereich der puren Spekulation. Das kann ich nicht machen.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr B [REDACTED], waren Sie an den Vereinbarungen mit US-Behörden - einmal über den Einsatz des [REDACTED] und zweitens über den Einsatz der beiden BND-Mitarbeiter in Bagdad - beteiligt?

Zeuge M. B.: Wenn Sie beides im Zusammenhang mit den Amerikanern bringen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge M. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beide nicht?

Zeuge M. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie darüber informiert, -

Zeuge M. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - was da Gegenstand der Besprechungen, der Vereinbarungen gewesen ist?

Zeuge M. B.: Korrekt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin mal davon gesprochen, Bagdad und der Mann in [REDACTED] war eine Conditio.

Zeuge M. B.: So ist es mir übermittelt worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - War das eine Conditio des Bundesnachrichtendienstes oder der Bundesregierung oder der Amerikaner?

Zeuge M. B.: Nach meinem Kenntnisstand: [REDACTED].

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf was legten denn [REDACTED] bei den beiden Stellen Wert?

Zeuge M. B.: Ich war an den Gesprächen mit [REDACTED] nicht beteiligt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollen wir doch nicht drum herumreden, Herr B [REDACTED]. Haben [REDACTED] gesagt: Einen Mann in [REDACTED], also bei uns im [REDACTED], lassen wir nur

zu, wenn zwei in Bagdad - also die beiden in Bagdad - eingesetzt werden?

Zeuge M. B.: Ich glaube, es ging weniger um die Zahl Zwei.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist klar. Überhaupt, ja.

Zeuge M. B.: Es ging um die Präsenz. Der Bundesnachrichtendienst ist präsent vor Ort. Das war wichtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben also gesagt: [REDACTED] gibt es nicht. Von euch kommt keiner hier bei uns rein, wenn ihr nicht in Bagdad Informationen beschafft.

Zeuge M. B.: Das ist der Kenntnisstand, der mir zugetragen wurde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Was hatten denn die Amerikaner jetzt für ein Interesse an Bagdad?

Zeuge M. B.: Ich hatte mit den Amerikanern nie gesprochen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich da nicht mal erkundigt? Sie hatten ja wiederum - das haben Sie ja geschildert - von der Bundesregierung eigentlich die Vorgabe: keine operativ-taktische militärische Unterstützung. Haben Sie da nicht mal gefragt: Was wollen denn die Amerikaner? Warum legen die so einen großen Wert auf Bagdad? Wollen die vielleicht doch solche Informationen? Das liegt ja für eine kriegführende Partei nicht ganz fern. Oder?

Zeuge M. B.: Nein. Hatte mich nicht interessiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Sie nicht interessiert?

Zeuge M. B.: Nein. - Ich würde es so formulieren: Nachdem der Krieg begonnen wurde, war der Ausgang vorbestimmt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das war doch vor dem Krieg - oder nicht? -, diese Conditio.

Zeuge M. B.: Das ist korrekt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da war er ja noch nicht. Da gab es - so haben wir das jedenfalls gehört - bis nach Bagdad rein, bis zu den BND-Mitarbeitern immer noch die Hoffnung: Man kann ihn vielleicht vermeiden, oder er geht an uns vorüber.

Zeuge M. B.: Herr Abgeordneter, es gibt für die Frage der Analyse die Zuständigkeit der Abteilung 3 mit vielen Fachleuten. Es gibt für die Frage der Politik die Zuständigkeit der Abteilung 1, der operativ-aufklärenden Einheit. Darüber wird die Leitung unterrichtet. Die Leitung macht - - Ich machte kein Micromanagement.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun haben Sie gesagt: Da gab es Einschränkungen, Beschränkungen. - Sie haben sich aber für die Berichte - so haben Sie das, glaube ich, vorhin gerade gesagt - nicht interessiert. Das war also nicht Ihr Bereich. Deshalb haben Sie auch keine Berichte zur Kenntnis genommen.

Was haben Sie als Leitungsstab eigentlich unternommen, um zu sichern, dass diese Conditio der Bundesregierung eingehalten wird? Haben Sie da mal Überprüfungen durchgeführt oder veranlasst?

Zeuge M. B.: Der Präsident hat diese Einschränkungen, wer Auswertungen übermittelt - - Ich sah mich nicht in der Lage, den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes zu überprüfen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, aber die ausführende Stelle, also die Auswertung zum Beispiel, dass Sie gesagt haben - das war ja ein wichtiger Punkt -, dass das auch tatsächlich eingehalten wird. Haben Sie da mal Kontrollen angeordnet, sich vielleicht nicht selber Berichte vorlegen lassen, aber anderen, die da vielleicht sachkundiger als Sie sind, und das mal überprüfen lassen?

Zeuge M. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum eigentlich nicht?

Zeuge M. B.: Die Auswertung wird in der Spitze von hochrangigen Mitarbeitern gesteuert. Es ist deren Aufgabe, dafür zu sorgen. Der Leitungsstab kontrolliert das nicht. Der Leitungsstab ist keine Controllingeinheit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, der Leitungsstab hatte ja einen Auftrag der Bundesregierung - also wiederum seiner vorgesetzten Stelle - umzusetzen. Das haben Sie ja berichtet. Der Herr Hanning kam mit diesem Auftrag der Bundesregierung.

Zeuge M. B.: Das ist korrekt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann kümmert sich der Leitungsstab nicht mehr darum, ob das auch eingehalten wird?

Zeuge M. B.: Die Weisung wurde von dem Präsidenten erteilt. Die Einhaltung der Weisung - - Die Mitarbeiter sind Beamte, und die Mitarbeiter sind geschult. Es gab keine Notwendigkeit - ich hatte keinen Anlass -, diese Sache zu überprüfen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, ob sich der Herr Hanning mal Berichte hat vorlegen lassen, also Berichte darüber, was eigentlich aus Bagdad kommt?

Zeuge M. B.: Es gab tägliche Lagebesprechungen, über deren Inhalt ich nicht kenntnisreich bin, weil ich nicht teilgenommen habe. Ob hier auch der Austausch besprochen wurde, vermag ich nicht zu beurteilen; ich weiß es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie was darüber, ob und gegebenenfalls was an das Bundeskanzleramt oder an die Bundesregierung weitergegeben worden ist an Informationen, die aus Bagdad gekommen sind?

Zeuge M. B.: Ich weiß nicht, ob Rohmeldungen weitergegeben wurden. Ich würde eher sagen: Nein. Es gab die Berichtsform des Sonderberichts. Diese Sonderberichte, die ich teilweise gesehen habe, teilweise nicht, wurden an die Regierung, an das Kanzleramt, weitergeleitet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also vielleicht Informationen, ob man über den Aufenthaltsort - - Es ging ja auch einmal hin und her, ob Saddam Hussein bei Angriffen getötet worden ist. Solche Informationen waren vielleicht auch für die Bundesregierung aktuell von Bedeutung. Ob so was weitergegeben worden ist, ob so was aus Bagdad bestätigt wird oder dementiert oder Ähnliches: Wissen Sie dazu was?

Zeuge M. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen also überhaupt nicht, was die Bundesregierung seinerzeit über das erfahren hat oder was ihr über das vorgelegt wurde, was aus Bagdad gemeldet worden ist?

Zeuge M. B.: Ist korrekt. Ich weiß das nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also nicht. - Wissen Sie irgendwas darüber, was seinerzeit an die Amerikaner weitergemeldet worden ist?

Zeuge M. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Sie auch nicht interessiert?

Zeuge M. B.: Es war nicht meine Aufgabe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war nicht Ihre Aufgabe. Na ja, aber im Hintergrund war ja immer noch diese klare einschränkende Anweisung der Bundesregierung, die Sie berichtet haben und die auch andere berichtet haben. Ob das jetzt auch eingehalten worden ist oder ob, wie Ihnen das ja bereits vorgehalten worden ist, den Amerikanern durchaus mal was gegeben worden ist - ich sage das jetzt mal mit meinen Worten -, um sie anzufüttern, hat Sie auch nicht interessiert?

Zeuge M. B.: Ich sah keinen Anlass, das zu überprüfen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie die Meldung von

██████████ - ganz konkret -, und zwar bevor sie mit Bomben und Raketen beschossen oder angegriffen werden und auch danach, als operativ-taktisch von Bedeutung ansehen?

Zeuge M. B.: Ich möchte hier keine Werturteile abgeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, wir haben aber solche Meldungen, zum Beispiel für den Offiziersklub. Das ist nicht nur aus Bagdad nach Pülach gemeldet worden, sondern auch an die USA weitergegeben worden.

Zeuge M. B.: Ich bin über den Informationsfluss im Detail - sowohl von SET Richtung Zentrale oder von der Zentrale Richtung Amerikaner - nicht kenntnisreich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das sagten Sie schon. - Jetzt mal unabhängig davon, ob Sie das damals gewusst haben: Halten Sie das für eine Information, die operativ-taktisch militärisch von Bedeutung ist?

Zeuge M. B.: Die Entscheidung wurde von der militärischen Auswertung getroffen. Ich will das jetzt nicht spontan beantworten. Das wäre eine Gefühlsantwort, die ich nicht abgeben möchte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Damit ist die Fragezeit längst überschritten. Eine Berliner Stunde ist rum. Wo besteht noch Fragebedarf? - Offene Runde. - Kollege Stadler.

Dr. Max Stadler (FDP): Herr B██████████, jetzt noch mal zu diesem Kernpunkt des ganzen Geschehens. Das Ganze stellt sich ja doch als eine schwierige Gratwanderung dar. Es gab eine Vorgabe, dass man da militärisch-taktische Operationen nicht durch Informationen fördern soll. Auf der anderen Seite sollte es eine Zusammenarbeit mit den Amerikanern geben.

Noch mal: Sie hatten nichts damit zu tun, was an ██████████ weitergemeldet wurde. War es denn aber so, dass die Einhaltung dieser Vorgabe, dieser einschränkenden Vorgabe,

einzig und alleine Aufgabe von Herrn Sch [REDACTED] gewesen ist?

Zeuge M. B.: Ich nehme an, dass die vorgesetzten Stellen hier ebenfalls eine Verantwortung hatten.

Dr. Max Stadler (FDP): Sie nehmen das an.

Zeuge M. B.: Das ist normal. Es liegt in der Natur der Struktur einer Behörde, dass Herr Sch [REDACTED] einen Vorgesetzten hat, der wieder einen Vorgesetzten hat, die natürlich Verantwortung tragen.

Dr. Max Stadler (FDP): Aber in welcher Weise ist denn kontrolliert worden, ob Herr Sch [REDACTED] diese Vorgabe bei seiner Weitergabe einhält oder nicht?

Zeuge M. B.: Darüber kann ich keine Aussage machen. Nicht vom Leitungsstab.

Dr. Max Stadler (FDP): Von Ihnen ist das jedenfalls nicht kontrolliert worden?

Zeuge M. B.: Nein.

Dr. Max Stadler (FDP): Sie wissen auch nicht, von wem. Sie nehmen an, dass das Vorgesetztenaufgabe ist.

Zeuge M. B.: Das ist in der Struktur angelegt.

Dr. Max Stadler (FDP): Verstehen Sie: Wir sind immer wieder verblüfft. Es ist eine ganz außergewöhnliche Situation: ein Krieg, der ein Novum darstellt, wie Sie es geschildert haben.

Wir wollen uns daran nicht beteiligen, liefern aber doch Informationen. Da ist es dann doch das A und O, dass die politische Vorgabe minutiös eingehalten wird. Gab es denn mal sozusagen eine Zwischenevaluierung während des Kriegsgeschehens: Bis jetzt haben wir das genau eingehalten. Oder: Bei dieser und jener Weitergabe muss man - - ist vielleicht kritisch; das machen wir kein zweites Mal oder Ähnliches?

Zeuge M. B.: Ich könnte vermuten, raten.

Dr. Max Stadler (FDP): Das wissen Sie alles nicht?

Zeuge M. B.: Nein.

Dr. Max Stadler (FDP): Haben Sie denn Kenntnis darüber, ob diese einschränkenden Vorgaben auch anderen mitgeteilt worden sind? Ich denke hier an die Lage-Stabsoffiziere, die, wie wir ja vom Zeugen S [REDACTED] wissen, in Einzelfällen auch direkt Informationen an [REDACTED] weitergegeben haben. Also noch mal die Frage: Ist dafür gesorgt worden, dass auch diese Personen diese einschränkenden Vorgaben kannten?

Zeuge M. B.: Weiß ich nicht.

Dr. Max Stadler (FDP): Das war auch nicht Ihre - - Sind Sie denn - - Sie hatten doch Kontakt zum Kanzleramt zu halten. Habe ich das eingangs richtig verstanden?

Zeuge M. B.: Ich würde eher sagen: Ich war ein Ansprechpartner des Kanzleramts.

Dr. Max Stadler (FDP): Sie waren ein Ansprechpartner des Kanzleramts. - Ist denn je vom Kanzleramt an Sie die Frage gestellt worden: Wie läuft es mit der Umsetzung unserer Vorgabe, wie wird die Einhaltung kontrolliert?

Zeuge M. B.: Nach meiner Erinnerung: Nein.

Dr. Max Stadler (FDP): Das ist nicht so. - Wir haben nämlich - - Ich sage das mal ganz offen: Uns ist bisher das Bild vermittelt worden, dass diese politisch zentrale Frage einzig und alleine von Herrn Sch [REDACTED] geschultert wurde - ganz alleine.

Zeuge M. B.: Ich habe den Eindruck, Sie gehen davon aus, dass SET die einzige Informationsquelle des Dienstes war. Das war ein kleiner Teil.

Dr. Max Stadler (FDP): Ja.

Zeuge M. B.: Ich möchte den Herrn Vorsitzenden zitieren, der die Einwände von Herrn Dürr erwähnte. Der Bundesnachrichtendienst - - Ich persönlich - ich möchte jetzt nur für mich sprechen - ging in keinsten Weise davon aus, dass SET hier imstande sein wird, das Lagebild des Bundesnachrichtendienstes alleine zu generieren. Das war ein ganz kleiner Teil.

Dr. Max Stadler (FDP): Herr B■■■■, ich will jetzt nicht in die Diskussion eintreten, aber es wurde ja nicht etwa nur ein Lagebild übermittelt, sondern es wurden ja ganz konkrete Einzelinformationen weitergegeben.

Zeuge M. B.: Von diesem Team, ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Es muss doch irgendjemand bewerten, ob das in das Vorgabemuster passt. Das scheint einzig und allein Herr Sch■■■■ gewesen zu sein. Das wundert einen bei einer Frage von höchster politischer Brisanz.

Zeuge M. B.: Der Informationsaustausch ist ein Routinegeschäft des Bundesnachrichtendienstes.

Dr. Max Stadler (FDP): Ja, aber der Irakkrieg war kein Routinegeschäft.

Zeuge M. B.: Absolute Routine. Es gibt Regularien, die ein Auswerter verinnerlichen wird. Es gibt die Regularien -- Ein Auswerter wird nie eine Quelle bekannt geben, ein Auswerter wird nie die Methodik bekannt geben.

Dr. Max Stadler (FDP): Darum geht es nicht.

Zeuge M. B.: Hat er die Weisung, dass das nicht weitergegeben wird, dann tut er das nicht.

Dr. Max Stadler (FDP): So, dann will ich Sie einfach mal fragen. Sie haben meiner Meinung nach auf eine Frage von Frau Köhler vorhin zu Recht erwähnt: In so einem Kriegsszenario sind nahezu alle Meldungen von Bedeutung - sogar der Wasserstand, um das noch einmal zu zitieren. - Die Auffassungen teile ich.

Wenn man diesen Ihren Gedankengang jetzt noch einmal reflektiert, dann ist aber doch die Frage: Wenn alles von Bedeutung ist, konnte dann die Vorgabe, dass man sich nicht an dem Kriegsgeschehen beteiligt, überhaupt eingehalten werden?

Zeuge M. B.: Die Linie ist --

Dr. Max Stadler (FDP): Verstehen Sie: Dann kommt es gar nicht mal so sehr auf diese Einzeleinschränkungen an, sondern

wenn eben für eine kriegführende Partei nahezu alles von Interesse ist -- Ich frage mal so: Haben Sie mit dem Präsidenten erörtert, als man überlegt hat, was man da tut, dass man diese Grundüberlegung, sich nicht am Krieg zu beteiligen, eigentlich gar nicht einhalten kann, wenn man Informationen aus Bagdad liefert, weil alle von Relevanz sind?

Zeuge M. B.: Die Linie wurde gezogen, wie sie gezogen wurde.

Dr. Max Stadler (FDP): Ja.

Zeuge M. B.: Ich müsste mich jetzt wiederholen. Auch das waren Abwägungsüberlegungen.

Dr. Max Stadler (FDP): Meine Frage war, ob Sie diesen Einwand bei der Linienziehung beispielsweise dem Präsidenten vorgetragen haben.

Zeuge M. B.: Vielleicht hat er ihn vorgebracht. Es fand immer eine Diskussion statt. Es wurde sorgfältig abgewogen. Es wurde bemüht, hier die Linie richtig zu treffen. Die wurde durch die Vorgabe der Regierung auch gesetzt.

Dr. Max Stadler (FDP): Ja, lautete denn die Vorgabe der Regierung eigentlich: Keine Unterstützung des strategischen Luftkriegs, keine Weitergabe von Informationen für die taktische Kriegführung? Oder lautete die Vorgabe: Keine Beteiligung an dem Krieg?

Zeuge M. B.: Keine operativ-taktisch nutzbaren Informationen. Jetzt können Sie sagen: „für die Luftkriegführung, für die Landkriegführung“, wenn das so heißt.

Dr. Max Stadler (FDP): Das war die Vorgabe aus dem Kanzleramt?

Zeuge M. B.: Das waren die politischen Vorgaben.

Dr. Max Stadler (FDP): Um noch einmal zu der Entscheidung zurückzukehren, dass man im Irak Agenten oder Mitarbeiter platziert: Diese Überlegung, so sagten Sie, kam vom BND.

Zeuge M. B.: Ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Haben Sie denn damit im Kanzleramt offene Türen eingearbeitet, oder stieß die Überlegung im Kanzleramt auf Widerstand?

Zeuge M. B.: Die Entscheidung ist BND-intern diskutiert worden. An diesen Diskussionen habe ich, soweit es den Präsidenten betrifft, aber gelegentlich auch die Abteilungen teilgenommen. Die Übermittlung übernahm der Präsident des Bundesnachrichtendienstes.

Dr. Max Stadler (FDP): Hat er Sie über das Ergebnis, über den Diskussionsverlauf informiert?

Zeuge M. B.: Das Kanzleramt stimmte zu.

Dr. Max Stadler (FDP): Meine Frage war: Bedurfte es da einer Überzeugungsarbeit - das war ja, wie gesagt, ein Novum -, oder war das Kanzleramt sofort auf der Linie des BND?

Zeuge M. B.: Ich nahm an der Diskussion nicht teil. Ich weiß es nicht.

Dr. Max Stadler (FDP): Das ist etwas anderes. Sie nahmen nicht teil. Sie können aber Informationen beispielsweise von einem Teilnehmer erhalten haben. Das wissen Sie nicht? Sie haben sich nicht dafür interessiert, ob diese Auffassung des BND, die doch auch nicht unproblematisch war und einer langen Abwägung bedurfte, vom Kanzleramt einfach übernommen wurde?

Zeuge M. B.: Die Entscheidung war das Entscheidende.

Dr. Max Stadler (FDP): Für Sie?

Zeuge M. B.: Für mich.

Dr. Max Stadler (FDP): Mich interessiert auch der Entscheidungsgang. Ich wundere mich ein wenig, dass Ihnen dieser nicht bekannt sein soll.

Zeuge M. B.: Er ist mir nicht bekannt.

Dr. Max Stadler (FDP): Noch mal vielleicht die Frage, die Herr Ströbele auch schon aufgeworfen hat: Inwiefern haben

denn die USA eigentlich von diesem Informationsaustausch profitiert, wenn sie sowieso keine relevanten Informationen bekommen haben oder nur solche, die den Anschein der Relevanz erwecken sollten?

Zeuge M. B.: Ich habe nie versucht, mir darüber ein Urteil zu verschaffen.

Dr. Max Stadler (FDP): Gut. Dann wollen wir es im Moment dabei belassen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Ströbele hatte sich gemeldet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr B. [REDACTED], können Sie irgendwas über die Vermerke sagen, die gemacht worden sind und wo sich dann für uns zunächst unerklärliche, aber inzwischen erklärte Zusätze befinden, wie „SF“, also „Sperrvermerk frei“. Dann steht da „DIA“ und „CIA“. Wir haben jetzt „Sperrvermerk frei“ gehört, also „SF“. Bezieht sich das dann darauf, dass diese Vermerke, diese Meldungen, die einen solchen Zusatz links oben im Kopf haben, dann an CIA und DIA weitergegeben werden dürfen, oder wissen Sie darüber nichts?

Zeuge M. B.: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können Sie nicht beantworten. Also über die Einzelheiten solcher Vermerke sind Sie nicht informiert?

Zeuge M. B.: Ich weiß noch nicht mal, was „SF“ bedeutet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, das wissen Sie nicht? Das wussten wir auch lange nicht. Das haben wir jetzt gelernt. Gut, das kann ja sein.

Zweitens. Ich nehme einmal an, Sie haben die Pressemeldungen mit verfolgt, zum Beispiel den Bericht im *Focus* darüber, dass Verbindungsleute von der CIA und der DIA im Bundesnachrichtendienst tätig sein sollen, jetzt unabhängig von Bagdad und [REDACTED], und dass die - ich sage mal - etwas ruppig und breitbeinig wie Cowboys aufgetreten sind und in der damaligen Zeit Informationen verlangt hätten. Ist Ihnen als einem der leitenden Herren im Bundesnachrichten-

dienst darüber irgendwann einmal etwas bekannt geworden?

Zeuge M. B.: Der Besuch von Vertretern fremder Nachrichtendienste ist Tagesgeschäft. Darüber hinaus weiß ich nichts von „ruppig“.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Breitbeinig wie die Cowboys kamen sie zu uns in die Zentrale und verlangten Informationen. Wir haben oft General Mundt, den Chef unserer Operativen Aufklärung, gefragt, ob die Leute von den US-Partnerdiensten CIA und DIA uns so ruppig behandeln dürfen.

Zeuge M. B.: Das klingt mir sehr nach Novelle. Das ist nicht die Diktion, die ich gewohnt war, als ich die Berichte der Leitungen las.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber gibt es irgend so einen Vorgang?

Zeuge M. B.: Ich weiß es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind darüber nicht informiert?

Zeuge M. B.: Ich möchte die Aussage riskieren: Diese Diktion ist ungewöhnlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ungewöhnlich? Sicher. Sie wissen nichts davon?

Zeuge M. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihnen ist bekannt, dass die beiden Mitarbeiter des BND, die in Bagdad gewesen sind, einen Orden, eine Medaille oder wie auch immer man das bezeichnen mag, bekommen haben?

Zeuge M. B.: Eine Auszeichnung? Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie dabei, als die verliehen wurde?

Zeuge M. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie Kenntnis darüber, warum die verliehen wurde? Waren Sie da irgendwie mit befasst?

Zeuge M. B.: Da wird für die Verdienste irgendetwas drinstehen. Das ist bei diesen Dingen üblich. Aber ich war nicht dabei; ich weiß es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Davon wissen Sie gar nichts?

Zeuge M. B.: Ich kenne die Auszeichnung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da steht etwas von: Für die Verdienste bei der Unterstützung von Kampfhandlungen.

Zeuge M. B.: Ich habe es nicht gesehen. Ich weiß nicht, was drinsteht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich denn mal erkundigt, wie die denn darauf kommen?

Zeuge M. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil die doch bei Kampfhandlungen gar nicht unterstützen sollten.

Zeuge M. B.: Ich weiß nicht, ob „Kampfhandlungen“ drinsteht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun kriegen die aber - das haben wir auch von anderen gehört - mit einer gewissen Feierlichkeit dann die Orden mit dieser Begründung ausgehändigt. Haben Sie nicht mal nachgefragt: Wie kommen die auf so was? Das dürft ihr doch gar nicht, oder das durftet ihr doch gar nicht, oder das solltet ihr gar nicht.

Zeuge M. B.: [REDACTED] haben generell die Neigung, allen Teilnehmern an irgendwelchen kriegerischen Auseinandersetzungen entsprechende Auszeichnungen zu verleihen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch wenn sie nicht unterstützt haben?

Zeuge M. B.: Wer da war, nehme ich an, bekommt einen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch wer nur daneben sitzt und gar nichts macht? Das war Ihre Annahme? - Sie haben vorhin gesagt, dieses Junktim, Einsatz des Mannes [REDACTED] und Mitarbeiter in Bagdad, wurde von den Amerikanern gewünscht, dass da sogar gesagt wurde: Ihr kriegt sonst keinen Verbindungsbeamten [REDACTED].

Zeuge M. B.: Ich hoffe, dass ich präzise gesagt habe: So bin ich unterrichtet worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So sind Sie unterrichtet worden, natürlich, na klar. Sie waren nicht selber dabei, sind unterrichtet worden. Ist davon auch die Bundesregierung unterrichtet worden? Wissen Sie das?

Zeuge M. B.: Das ist anzunehmen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist anzunehmen, dass dieses Junktim oder diese Conditio bestand?

Zeuge M. B.: Ich kann es Ihnen nicht sicher beantworten, weil ich bei den Gesprächen nicht dabei war. Ich müsste Vermutungen anstellen. Dass ein Mitarbeiter dort ist, ja, das ist diskutiert worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Herr B [REDACTED], war es nicht so - so mein Eindruck nach den Aktenkenntnissen -, dass das mal eine Zeitlang sehr auf der Kippe war und die Amerikaner gesagt haben: Also mit [REDACTED] - der Bundesnachrichtendienst hatte offenbar großes Interesse, Informationen direkt aus [REDACTED] zu bekommen; das ist möglicherweise nachvollziehbar -, das läuft jedenfalls nicht, wenn ihr die Leute nicht in Bagdad platziert - ob ein oder zwei oder die oder andere, ist egal -, wenn ihr keine Informationen aus Bagdad besorgt? Ist es nicht so gewesen, dass das sogar eine Zeitlang in der Schwebe gewesen ist und dass das auf

diese Bedingungsstellung der Amerikaner hin dann gemacht worden ist?

Zeuge M. B.: Nein, die Entsendung Bagdad war eine BND-Entscheidung. Das hatte mit dem Junktim primär erst einmal gar nichts zu tun. Die Entsendung Bagdad klemmte mehrere Male, wie Sie, nehme ich an, aus den Akten entnehmen können. Das hatte vielerlei Gründe, die hauptsächlich mit Irak im Zusammenhang standen. Die Amerikaner, so meine Information, [REDACTED] [REDACTED] Aber die Entscheidung, dass wir da hingehen, hatte damit nichts zu tun.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge M. B.: Wir wären auch hingegangen, wenn nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Nur, [REDACTED] [REDACTED], jetzt nicht nur des Bundesnachrichtendienstes, sondern der Amerikaner an den beiden muss ja bei den Amerikanern einen Grund gehabt haben.

Zeuge M. B.: Ich nehme an, es ging ihnen wie uns. Je mehr Informationen in einem Krieg, desto besser.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun haben die Amerikaner einen Krieg geführt und wir oder Sie oder ich oder die Bundesrepublik Deutschland nicht. Bei den Amerikanern ist das Interesse sehr einleuchtend und sehr schnell nachvollziehbar.

Zeuge M. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die wollten den Krieg führen, und zwar möglichst effektiv und möglichst schnell. Dazu wollten sie natürlich auch militärische Informationen. Ist da nicht einmal darüber gesprochen worden: Die gehen da von falschen Erwartungen aus? Und: Die können wir ihnen doch gar nicht liefern. Oder: Da müssen wir eben mal ein bisschen Spielmaterial geben oder so, damit die da nicht aufmucken oder enttäuscht sind?

Zeuge M. B.: Nein, das war kein Spielmaterial. Das war ja echtes Material.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja. Aber dieser Ausdruck „Spielmaterial“ stammt jetzt nicht nur von mir, sondern es ist hier in der Beweisaufnahme durchaus schon erwähnt worden, dass man das auch so gesehen hat, dass man den Amerikanern was bieten muss.

Zeuge M. B.: Dass man den Amerikanern Informationen geben muss, ja. Aber ich würde die Diktion „Spielmaterial“ nicht mittragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber jetzt Informationen, die für die Kriegführung von Bedeutung sind; das war doch das durchsichtige, naheliegende, erste Interesse der Amerikaner.

Zeuge M. B.: Herr Abgeordneter, ich sagte: So wichtig die Entsendung des SET nach Bagdad ist, die Basis der Berichterstattung war es sicherlich nicht. So wenig würde ich sagen, dass die Informationen eine Relevanz, eine Kriegsrelevanz für den Einsatz der Amerikaner im Irak hatten. Das ist völlig ausgeschlossen. Das Land ist größer ist die Bundesrepublik. Stellen Sie zwei Mitarbeiter nach Berlin. Die Stadt Bagdad ist größer. Ich hatte nie den Anspruch an SET in der Form. Ich nehme an, die Amerikaner auch nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, Kriegsrelevanz und Kriegsentscheidungserheblichkeit sind natürlich etwas anderes. Aber die Benennung

, kann militärisch von Bedeutung sein, muss deshalb nicht kriegsentscheidend sein.

Zeuge M. B.: Ich will jetzt keine semantische Diskussion beginnen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay. - Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Paech hatte sich noch zu Wort gemeldet.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ja, danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr

, noch einmal zu den Kontakten mit den USA. Welche deutschen Stellen - da Sie sagten, Sie hätten nicht verhandelt - haben denn mit Ihnen verhandelt, als es notwendig wurde, nicht nur Bagdad zu besetzen, sondern auch in  jemanden zu installieren?

Zeuge M. B.: Noch mal. Ich habe es nicht ganz - -

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Welche deutsche Stelle hat mit den Amerikanern verhandelt?

Zeuge M. B.: Der Bundesnachrichtendienst.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Ja. Sie sagen, Sie haben das nicht getan. Welche Ebene war das? Das musste ja auch besprochen werden, in welchem Umfang das geschieht, unter welchen Bedingungen.

Zeuge M. B.: Das hat die Abteilungsleitung 1, die operative, für die Beziehungen mit Partnern zuständige Stelle gemacht.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Welcher Ansprechpartner in den USA war das denn, mit dem verhandelt wurde?

Zeuge M. B.: Das weiß ich nicht.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Das ist doch eine sehr zentrale Aufgabe und ein Element der ganzen Operation Bagdad gewesen, sodass man doch dort auch oben informiert worden ist. Ist Herr Hanning zum Beispiel nicht darüber informiert worden?

Zeuge M. B.: Mit wem das verhandelt wurde? Ich nehme an, nein. Die Leitung und der Stab haben in keinsten Weise - das wollen sie auch gar nicht - Micromanagementaufgaben übernommen. Sie haben nie den Anspruch, mehr zu wissen als der Auswerter Abteilung 3, im Detail mehr zu wissen als der die nachrichtendienstliche Kooperation in Einzelfragen behandelnde Mitarbeiter. Ich habe auch keinen Anspruch, mehr zu wissen als ein Techniker. Ich habe diese Verhandlungen nicht geführt, und ich habe keinen Anlass gesehen, den Namen irgendeines amerikanischen Ansprechpartners zu wissen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Aber es ist ja von Bedeutung, ob die zum Beispiel mit dem [REDACTED] geführt worden sind oder ob das nur vor Ort eine Kommunikation gewesen ist. Aber das ist Ihnen verborgen geblieben?

Zeuge M. B.: Die Abteilung 1 hat das durchgeführt. Die Ergebnisse sind mir mitgeteilt worden. Damit war die Angelegenheit für mich erledigt.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gut, dann habe ich noch eine andere Frage. Sie sagten: Diese Beschränkung darauf, dass keine operativ-taktischen Informationen militärisch nutzbarer Art gegeben werden, ist vom Bundeskanzleramt gekommen. Meine Frage: Ist das irgendwie kontrolliert worden? Denn es gab ja eine längere Zeit, in der diese Kommunikation gedauert hat. Haben die sich dort auch über Inhalt des Austausches der Fragen und Antworten informiert und dann auch kontrolliert, dass sich das nicht in die offizielle Politik kontraproduktiv auswirken würde?

Zeuge M. B.: Ich kann nur wiederholen, was ich versucht habe, dem Herrn Abgeordneten Ströbele zu übermitteln: Ich habe keine Kontrolle durchgeführt.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Nein, nicht Sie. Ich fragte ja auch nach dem Bundeskanzleramt, denn diese Einschränkung kam ja vom Bundeskanzleramt. Die hatten ja das politische Interesse, dass die Aktivitäten des BND nicht als eine Unterstützung der Kriegsführung interpretiert werden könnten. Da musste ja irgendwie auch kontrolliert werden.

Zeuge M. B.: Ein enges Controlling des Kanzleramtes halte ich -- nein, hat es meiner Meinung nach nicht gegeben.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Dann möchte ich noch weiterfragen. Wir haben eine Vielzahl von Daten in den Akten gehabt, relativ konkrete militärische Informationen unter dem Stichwort „[REDACTED]“, aber auch „[REDACTED]“. Wir haben auch - worauf viele Ihrer Mitarbeiter auch hingewiesen haben - sogenannte Non-Targets gesehen, die behauptet wurden. In den Akten waren sie zwar nicht vorhanden, aber

auch solche Non-Targets sind ja doch nach einem weiten Begriff, den Sie eben auch genannt haben, für eine Kriegsführung durchaus wichtig, weil man wissen muss: Was darf man nicht angreifen? - Haben Sie von diesen Kenntnis gehabt?

Zeuge M. B.: Bei der Entscheidung ist dieser Begriff gefallen, eventuell in der Form: keine kriegsvölkerrechtlich geschützten Objekte. Es gab keinen speziellen Auftrag „Jetzt klär das und das und das auf“, weil, wie ich vorhin deutlich zu machen versuchte, wir gar keine Steuerungsmöglichkeiten hatten. Wir hatten keine realistische Möglichkeit, Bewegungen der Mitarbeiter vorzugeben. Es konnten Straßen gesperrt werden. Das musste nach Lage gemacht werden. Sollte aber eine Botschaft in der Nähe oder andere geschützte Objekte identifiziert werden können, ist das durchaus zu melden. Das ist diskutiert worden. Ich habe in Erinnerung: Es gab den Angriff der Amerikaner auf dem Balkan gegen die chinesische Botschaft. Das musste nicht unbedingt wieder passieren.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Die Mitarbeiter haben uns aber auch gesagt, es hätte schon eine Identifizierung von Krankenhäusern, von Kindergärten und so etwas -- Das sei auch schon ein Teil ihrer Aufgaben gewesen, die zu identifizieren, damit sie nicht angegriffen werden können.

Zeuge M. B.: Das ist durchaus denkbar. Im Bereich der Leitung bei der Diskussion mit dem Präsidenten des Dienstes sind sicher, nein, ist die Weitergabe von Informationen, auch von Koordinaten kriegsvölkerrechtlich geschützter Objekte -- war kein Thema; das ist klar, ja.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Es war aber kein Thema bei Ihnen?

Zeuge M. B.: Nein, es wurde nicht diskutiert, ob Ja oder Nein. Die Antwort lautete sofort: Ja, solche Informationen sind zu übermitteln.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Haben Sie selbst einmal Kontakt einerseits mit Bagdad oder auch mit [REDACTED] aufgenommen?

Zeuge M. B.: Nein. Ich hatte die Frage schon beantwortet, nein.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE): Gut. -
Danke sehr.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Weitere
Fragen sehe ich nicht. Dann können wir die
Vernehmung des Herrn B. abschließen.

Es gilt, was ich Ihnen eingangs gesagt
habe: In wenigen Tagen bekommen Sie den
Entwurf des Protokolls und haben dann
14 Tage Zeit für Korrekturen. Ich danke Ih-
nen, dass Sie uns für die Vernehmung zur
Verfügung standen. Sie sind damit für heute
entlassen.

Zeuge M. B.: Danke.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Der
stellvertretende Vorsitzende und der Vorsit-
zende schlagen vor, dass wir eine Mittags-
pause -

(Zuruf des Abg. Michael Hartmann
(Wackernheim) (SPD))

- nein, es gibt einen grundrechtlich ge-
sicherten Anspruch auf Nahrungsaufnahme -
bis um halb zwei machen. 13.30 Uhr bitte
wieder hier.

(Unterbrechung von 13.05 bis
13.54 Uhr)